

Asien

Die Gender-Frage Geschlechterpolitik in Asien



Diese Ausgabe von **Perspectives Asien** erscheint in enger Zusammenarbeit mit den Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Asien.



Heinrich-Böll-Stiftung

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine politische Stiftung und steht der Partei Bündnis 90 / Die Grünen nahe. Sie hat ihren Hauptsitz in Berlin und unterhält derzeit 32 Büros weltweit. Die Arbeit der Stiftung in Asien konzentriert sich auf die Förderung von Zivilgesellschaft und Demokratie, auf soziale Teilhabe für alle und auf Gerechtigkeit. Gemeinsam mit ihren vielen Partnerinnen und Partnern setzt sich die Stiftung für die Vermeidung und friedliche Beilegung von Konflikten ein; darüber hinaus sucht sie nach Wegen aus der Umweltzerstörung und dem Raubbau globaler Ressourcen. Um diese Ziele zu erreichen, bemüht sich die Stiftung um die intensive Vermittlung von Wissen und Verständnis zwischen den Akteurinnen und Akteuren in Europa und Asien; dazu gehört auch die Förderung internationaler Dialoge, denn sie sind die Voraussetzung für konstruktives Handeln.

Inhalt

2 Vorwort

Indien

4 § 377 und danach
Shubha Chacko

Thailand

8 Im Wechsel der politischen Gezeiten
Srijula Yongstar

10 „Ich bin erst Buddhistin – dann Feministin“
Interview mit Dhammananda Bhikkhunī
von Srijula Yongstar und Florian Reinold

Kambodscha

14 Die Erinnerung bleibt
Thida Kim

18 „Ich musste meine Identität verbergen“
Interview mit Sou Sotheavy. Von Sotheary Yim

22 „Nach außen bin ich glücklich, aber nicht innen drin“
Fotoportraits von Steffi Eckelmann

China

36 Das Gesetz gegen häusliche Gewalt
Zhao Xin

Afghanistan

40 Der lange Weg zu echter Repräsentation
Samira Hamidi

Vorwort

Die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 war ein Meilenstein bei der weltweiten Verankerung von Frauen- und Menschenrechten. 189 Staaten haben die sogenannte Pekinger Aktionsplattform anerkannt, ein Dokument, das zwölf Arbeitsfelder für Regierungen beschreibt, um Frauen gleichberechtigten Zugang zu Entscheidungsprozessen und Teilhabe am gesellschaftlichen und ökonomischen Leben zu sichern. Zwanzig Jahre danach, als die Staaten ihr Bekenntnis zur Pekinger Aktionsplattform erneuern, müssen sie eine eher ernüchternde Bilanz ziehen: Die Umsetzung der Empfehlungen geht, wenn überhaupt, nur schleppend voran, und während Frauenrechte heute tatsächlich mancherorts in Verfassung und Gesetzgebung besser verankert sind, haben sich die gesellschaftlichen Machtverhältnisse nicht wesentlich geändert. In einigen Regionen haben Frauenrechte Rückschläge erlebt.

Die Fortschritte bei der Gleichberechtigung der Geschlechter variieren von Region zu Region, von Land zu Land. In Asien, mit seinen vielfältigen wirtschaftlichen, religiösen und politischen Gegebenheiten, wird das besonders deutlich. Der Gender Equity Index der Organisation Socialwatch¹, der alle drei Jahre untersucht, wie es weltweit um Chancengleichheit bei Bildung, politischer Teilhabe und wirtschaftlicher Beteiligung bestellt ist, verzeichnet drei südostasiatische Staaten (Philippinen, Thailand, Vietnam) im führenden Drittel der untersuchten Länder. Die Industriestaaten Japan und Korea firmieren nur im Mittelfeld, weit hinter einigen der ärmsten Staaten Afrikas und Lateinamerikas. Das demokratische Indien sowie Pakistan und

Afghanistan gehören zu den Schlusslichtern unter 154 ausgewerteten Staaten.

Positive Entwicklungen hat es vor allem beim Zugang zu einer Grundbildung für Mädchen in Asien gegeben. In vielen Staaten profitieren Frauen von den Fortschritten in der Armutsbekämpfung und auch die Gesundheitsversorgung für Frauen ist heute besser als noch vor zwanzig Jahren. Mancherorts werden Empfehlungen aus der Pekinger Aktionsplattform in nationale Gesetze umgesetzt, es gibt Quoten für Frauen in Parlamenten und in der Verwaltung. Auch der gesetzliche Schutz und die gesellschaftliche Akzeptanz von Homosexuellen und Transgender-Personen wird heute in Asien offen thematisiert.

Unverändert kommt es hingegen zu Gewalt gegen Frauen und sexuelle Minderheiten, und auch die Gleichberechtigung in Politik und Wirtschaft bleibt ein fernes Ziel. In der Aufbruchsstimmung nach der Pekinger Konferenz glaubten Frauen noch, die Globalisierung werde ihnen bessere Beschäftigungsverhältnisse und damit mehr Sicherheit bringen. Die Liberalisierung des internationalen Handels, die Privatisierung öffentlicher Leistungen und der wachsende Einfluss von privaten Wirtschaftsinteressen auf die Entwicklungsagenda haben zwar weltweit Wachstum generiert, doch die Schere zwischen Arm und Reich klappt heute weiter auseinander als je zuvor seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Männer wie Frauen sind Leidtragende dieser Entwicklung; Frauen rutschen aber besonders häufig in prekäre Arbeitsverhältnisse.

Wiederkehrende ökonomische Krisen, die Zunahme von Naturkatastrophen und die damit einhergehende Unsicherheit in

der Versorgung mit Nahrung und Energie sowie der Anstieg von Extremismus und bewaffneten Konflikten haben die Welt unsicherer gemacht, ganz besonders für Frauen. Nach wie vor sind patriarchalische Denkmuster in vielen Gesellschaften Asiens verbreitet. Frauen und Mädchen werden häufig Opfer von Gewalt, sowohl im Alltag als auch im Kontext bewaffneter Konflikte. Mehr Frauen als noch vor zwanzig Jahren sind heute Opfer von Menschenhandel und moderner Sklaverei. Die Geschlechterverteilung in Asien, gerade in den bevölkerungsreichen Ländern China und Indien, verzeichnet immer noch eine Diskrepanz zu Ungunsten von Frauen – eine Folge selektiver Abtreibungen und der Vernachlässigung von Mädchen in den ersten Lebensjahren.

Die Autorinnen und Autoren der vorliegenden Ausgabe von *Perspectives Asien* beleuchten einige Aspekte der Geschlechterverhältnisse und bieten zum Teil sehr persönliche Einblicke in die Situation von Frauen und Männern in Asien.

Shubha Chacko aus Bangalore wirft einen Blick auf die Rolle der Justiz bezüglich der Rechte von sexuellen Minderheiten und berichtet von dem schwierigen Alltag homosexueller und Transgender-Menschen in Indien. Sie zeigt dabei auch, wie Solidarität und Lobbyarbeit die Menschenrechtssituation für Minderheiten positiv beeinflussen.

Aus Thailand berichtet Srijula Yongstar von dem Kampf sexueller Minderheiten um gesellschaftliche und politische Anerkennung und das Recht zur Eheschließung. Besonderes Augenmerk legt sie dabei auf die neuen Entwicklungen nach dem Militärputsch 2014 und die Geschlechterpolitik der thailändischen Junta.

Einen Blick auf Frauenrechte und Religion erlaubt das Interview mit Dhammananda Bhikkhunī. In einem patriarchalisch geprägten Umfeld, das die Ordination von Nonnen nicht gestattet, gelingt ihr die Gratwanderung, als Feministin und Äbtissin ein buddhistisches Kloster in Bangkok zu leiten.

Zwei Beiträge aus Kambodscha zeigen, wie Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit bis in die nächste Generation fortwirken. Mit ihrem Artikel über Zwangsverheiratungen unter dem Regime der Roten Khmer der 1970er Jahre zeigt Thida Kim, wie Straflosigkeit und fehlende Aufarbeitung der sexuellen Gewalt die Opfer von damals noch heute gesellschaftlich ausgrenzen.

In einem Interview berichtet die Transgender-Aktivistin Sou Sotheavy über ihre früheren Erfahrungen mit sexueller Gewalt und über ihren Kampf für die Anerkennung von LSBT-Rechten im Kambodscha von heute.

Zhao Xin aus China zeigt in ihrem Beitrag, wie langwierig und komplex die Umsetzung und Verankerung von Frauenrechten in Gesetze und in der Praxis ist. Derzeit erarbeitet die Kommunistische Partei ein Gesetz, das Frauen vor häuslicher Gewalt schützen soll. Gleichzeitig aber werden zivilgesellschaftliche Aktivitäten, die Frauenrechte fördern und die gesellschaftlichen Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen thematisieren, erschwert und unterdrückt.

Samira Hamidi aus Afghanistan erinnert in ihrem Beitrag daran, wie leicht bereits errungene Rechte für Frauen wieder verlorengehen. Sie beschreibt die Diskrepanz zwischen verfassungsmäßig verbrieften Rechten und gesellschaftlicher Realität in Afghanistan und macht deutlich, wie sehr Frauen und die Gesellschaft insgesamt derzeit unter der Erstarkung traditioneller und reaktionärer religiöser Kräfte leiden.

Auch zwanzig Jahre nach der Weltfrauenkonferenz ist der Weg für eine wirkliche Gleichberechtigung aller Geschlechter in Asien noch weit und aufgrund anhaltender individueller wie institutionalisierter Ausgrenzung und Gewalt durch Rückschläge geprägt. Aber einzelne Fortschritte auf den unterschiedlichsten gesellschaftspolitischen Ebenen zeigen, dass Aufklärung, Beharrlichkeit und der Druck auf politische Entscheidungsträger/innen dazu beitragen können, langfristig Veränderungen herbeizuführen. ■■■

Katrin Altmeyer

Leiterin des Asienreferats der
Heinrich-Böll-Stiftung, Dezember 2015

¹ www.Socialwatch.org/node/14368

§ 377 und danach

Sexuelle Minderheiten in Indien

Shubha Chacko

„Liebe kennt kein Geschlecht“ prangt auf einem bunten Plakat, das eine lesbische Frau hochhält. Ein anderes Poster zeigt regenbogenfarbene Handschellen, darüber steht „Höchst enttäuscht“. Schwarze Fahnen flattern, Rufe erfüllen die Luft. Was die Demonstranten hier skandieren ist die Forderung nach Gerechtigkeit. Und was sie versprechen: Der Kampf geht weiter. So geschehen vor dem Rathaus von Bangalore am 11. Dezember 2013. Der Protest richtete sich gegen ein Urteil des Obersten Gerichtshofs Indiens, das gleichgeschlechtlichen Sex erneut kriminalisierte.

In einer wegweisenden Entscheidung hatte das Oberste Gericht von Neu-Delhi im Jahr 2009 aufgrund einer Petition der Stiftung Naz (einer Nichtregierungsorganisation, die zu HIV-Themen arbeitet) den „privaten einvernehmlichen Geschlechtsverkehr“ aus dem Geltungsbereich des § 377 des indischen Strafgesetzbuches (1861) gestrichen. Dieser als „Anti-Schwulen-Gesetz“ bekannte Paragraph stellte „Geschlechtsverkehr, der der natürlichen Ordnung widerspricht“ unter Strafe.

Dann jedoch, am 11. Dezember 2013, kippte der Oberste Gerichtshof Indiens diese Entscheidung in Reaktion auf eine Petition, die vornehmlich von religiösen Gruppen sowie von einer Kinderrechtsorganisation eingereicht worden war. Damit war Homosexualität rekriminalisiert. Ungeachtet der Petitionen der indischen Regierung und mehrerer Menschenrechtsorganisationen, die den Obersten Gerichtshof aufforderten, seine Entscheidung zu überdenken, erklärte das Gericht, § 377 des indischen Strafgesetzbuches sei „nicht verfassungswidrig“.

Diese Entscheidung sorgte für Wut und Entrüstung: Aktivisten bezeichneten sie als rückwärtsgewandt und einen Schlag gegen Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Seitdem gibt es die landesweite Kampagne „No Going Back“ – kein Zurück.

Hintergrund

Die Bewegung der sexuellen Minderheiten – lesbisch, schwul, bisexuell und Transgender (LSBT) – ist unter den vielen sozialen Bewegungen Indiens eine der jüngsten. Sie findet sowohl in den Medien als auch in Wissenschaft und Politik zunehmend Aufmerksamkeit. Erklären lässt sich dieser Bedeutungszuwachs durch das Aufeinandertreffen mehrerer Faktoren: verschiedene Gruppen kämpfen gemeinsam; durch die Verbreitung von HIV sind die verschiedenen Identitäten sexueller Minderheiten zu einem Thema geworden und schließlich die Auswirkungen der Globalisierungsprozesse – sie haben den Diskurs zu Sexualität geöffnet, Informationsflüsse verstärkt und den Zugang zu bestimmten Menschenrechtsmechanismen erleichtert. In dieser dynamischen Gemengelage ist die Bewegung der sexuellen Minderheiten in Indien erwachsen geworden.

Definition: „Sexuelle Minderheiten“

Die indische Nichtregierungsorganisation Sangama arbeitet seit 15 Jahren mit Angehörigen sexueller Minderheiten und Sexarbeitern zusammen, um deren Rechte zu verteidigen und zu fördern. Sangama wählt bewusst die Bezeichnung „Bewegung

Shubha Chacko ist geschäftsführende Direktorin der Solidarity Foundation und arbeitet eng mit Sangama zusammen, einer in Bangalore ansässigen Nichtregierungsorganisation, die sich für die Rechte sexueller Minderheiten einsetzt. Sie ist sowohl in der Basisarbeit aktiv als auch in der Forschung und auf der politischen Ebene. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Frauen, Gender und Sexualität. Shubha hat einen Master in Sozialarbeit vom Tata Institute of Social Science in Mumbai.

sexueller Minderheiten“ (und nicht Queer-Bewegung), denn der Begriff „Minderheit“ hat politische Dimensionen. Eine Minderheit ist im indischen Verständnis marginalisiert und wird historisch unterdrückt. Das Konzept „Minderheit“ unterstreicht Machtgefälle und nimmt den Staat und die Mächtigen in die Verantwortung, die strukturellen Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Durch dieses Selbstverständnis werden auch Bündnisse mit anderen Minderheiten wie Frauen, Dalit und religiösen Gemeinschaften möglich. Und es zwingt die Bewegung zu mehr Reflexion: Welche weiteren Ebenen der Ausgrenzung bestehen innerhalb der Gemeinschaften und Gruppen der sexuellen Minderheiten?

Unter dem Dachkonstrukt „sexuelle Minderheiten“ findet sich eine Vielzahl von Identitäten: Lesben, Trans-Männer, Trans-Frauen, Intersexuelle und zahlreiche indigene Identitäten wie Hijras, Jogappas, Shiv-Shaktis, Kothis, „Doubledekkers“, Schwule und all jene, die sich als queer bezeichnen – jeder Mensch, der aufgrund seines sozialen Geschlechts und/oder seiner Sexualität marginalisiert wird.

Eine Geschichte von Gewalt und Vergewaltigung

Einer der ersten Fälle, mit denen sich Sangama beschäftigte, war die illegale Inhaftierung eines bisexuellen Mannes. Sangama verteilte damals mehr als 2000 Flugblätter, die sowohl über die Rechte sexueller Minderheiten informierten als auch Telefonnummern enthielten, unter denen Polizeischikane gemeldet werden konnte.

Im Jahr 2001 veröffentlichte die Bürgerrechtsorganisation People's Union of Civil Liberties Karnataka einen schockierenden Bericht über die weitverbreitete Gewalt gegen Transgender-Sexarbeiter aus der Arbeiterklasse. Im Fokus standen die Menschenrechte sexueller Minderheiten und die Verletzungen dieser Rechte durch den Staat (Justiz und Polizei), aber auch durch Institutionen der Zivilgesellschaft, den Medien, der Familie sowie am Arbeitsplatz

Hijras: Angehörige einer traditionellen Transgender-Gemeinschaft (male-to-female); sie sind genetisch männlich, bezeichnen sich selbst meist als weiblich (oder auch als transgender) und kleiden sich dementsprechend.

Shiv-Shaktis: Männer, die von einer Göttin „beseelt“ oder ihr besonders nahe sind; kleiden sich weiblich.

Jogappas: Eine der weniger bekannten Transgender-Gemeinschaften in Indien; sie verehren die Göttin Yellamma („Mutter von allem“).

Kothis: Genetisch Männer, die – auch situationsabhängig – unterschiedliche Grade an Feminität zeigen; homosexuell oder bisexuell, meist aus der Arbeiterklasse.

Doubledekkers: Homosexuelle oder bisexuelle Männer mit entweder einer weiblichen (Kothi) oder hypermännlichen (Panthi) Geschlechtsidentität; meist aus ärmeren Schichten.

und zuhause. Im Laufe der letzten Jahre erschienen nach und nach Veröffentlichungen, die den Status der sexuellen Minderheiten dokumentierten.

Ein weiterer früher Fall war Kokila, eine 21-jährige Hijra aus Bangalore, die am 18. Juni 2004 von mehreren Männern vergewaltigt worden war. Auf der Polizeiwache wurde sie erneut sexuell und körperlich misshandelt und gedemütigt, weil sie es gewagt hatte, Anzeige zu erstatten. Unterstützt von einer Hilfsgruppe und intensiver Gemeindefarbeit zeigte sie die Tat an. Die Arbeit der Gruppe weitete sich zu einer umfassenden Kampagne aus. Viele Angehörige sexueller Minderheiten, Aktivist/innen, progressive Denker/innen und Journalist/innen veranstalteten ein Sit-in und forderten Menschenrechtsorganisationen auf, sich des Falls anzunehmen. Das war ein Wendepunkt für Sangama und die Bewegung in Bangalore.

Langsam begann auch Sangama, das Thema Gewalt und Rechtsverletzungen systematischer anzugehen. So wurde ein Haus eingerichtet, in dem Lesben, bisexuelle Frauen und Trans-Männer Schutz finden konnten und psychosoziale Beratung erhielten. Auch Rechtsberatung gehörte bald zum Angebot und die Mitarbeiter wurden in Krisenmanagement geschult. Derart unterstützt und im Wissen, dass über eine Hotline rund um die Uhr Hilfe verfügbar war, gewann die Community an Kraft und Selbstvertrauen.

Als Vergeltungsmaßnahme startete im Jahr 2008 der Polizeidirektor von Bangalore eine gnadenlose Kampagne, um die Stadt von Hijras zu „säubern“. Die Polizisten schikanierten nicht nur die Hijras und Angehörige anderer sexueller Minderheiten, sie beleidigten und misshandelten auch die Mitarbeitenden von Sangama und anderen Menschenrechtsorganisationen. Sie wurden geschlagen und angeklagt wegen „nicht erlaubter Versammlung und Widerstand gegen die Staatsgewalt“.

Sexuelle Minderheiten sind der Gewalt von verschiedenen Seiten ausgesetzt: Polizei, kriminelle Banden und Schläger, Familien, die allgemeine Öffentlichkeit, religiöse Fundamentalisten und selbsternannte Moralwächter.

Zwei Hijras wurden fälschlicherweise der Beteiligung an der Entführung eines minderjährigen Jungen bezichtigt. Angeblich sollen sie ihn zwangskastriert und ihm „Hormone injiziert“ haben, um eine Frau aus ihm zu machen. Die Angeklagten wurden zu mehr als zwei Jahren Gefängnis ver-

urteilt. Junge Polizisten wurden angewiesen, keine Gnade mit den „Perversen“ zu zeigen. Vermieter wurden schriftlich aufgefordert, die Wohnungen der Hijras zwangsgeräumt zu lassen. Es herrschte ein Klima der Angst. Sangama konnte den Entführungsfall vor Gericht erfolgreich angefochten: Die Polizisten wurden massiv gerügt und der Prozess wurde eingestellt. Um Unterstützung zu bekommen, verteilten die Aktivisten unter anderem Rosen an die Polizisten und veranstalteten ein Gesundheitscamp in einem Slum.

Die Aktionen der Communities machen deutlich, dass sexuelle Minderheiten der Gewalt von verschiedenen Seiten ausgesetzt sind: Polizei, kriminelle Banden und Schläger, Familien, die allgemeine Öffentlichkeit, religiöse Fundamentalisten und selbsternannte Moralwächter. Ihnen drohen extreme gesellschaftliche Ablehnung und Ausgrenzung. Stigmatisierung, Vorurteile und Diskriminierung sind weitverbreitet und schaffen ein feindseliges und anstrengendes gesellschaftliches Umfeld – eine Situation, die sich in einem Anstieg psychischer Probleme wie Depression, Ängste und in extremen Fällen Selbstmordgedanken widerspiegelt.

Die Entscheidung des Hohen Gerichts Delhi und dessen Nachwirkungen

Das indische Gesetz ist ein wirkungsvolles Instrument zur Kontrolle marginalisierter Gemeinschaften, einschließlich sexueller Minderheiten. Es hat die schiere Existenz Homosexueller, Hijras und Kothis kriminalisiert, so dass diese in ihrem Leben ständig mit der Polizei zu tun bekommen. Auch das Zivilrecht erkennt nach wie vor die Rechte und Gleichberechtigung von Trans-Personen und Personen in gleichgeschlechtlichen Beziehungen nicht an.

Die Verbindung zwischen Kriminalität und nicht mehrheitskonformer sexueller Orientierung wurde bereits 1897 in einer Ergänzung zum Criminal Tribes Act aus dem Jahr 1871 hergestellt. Die heutige Wahrnehmung von Hijras als Diebe und die Gewalt, der sie ausgesetzt sind, sind auch auf diese koloniale Gesetzgebung zurückzuführen. Theoretisch wurde das Gesetz zwar außer Kraft gesetzt, es besteht aber in der Alltagskultur ebenso fort wie im Polizeigesetz von

Karnataka (36A), das praktisch jeden Aspekt des Lebens einer Hijra kriminalisiert.

Als das Hohe Gericht Delhi im Jahr 2009 entschied, dass einvernehmliche gleichgeschlechtliche Handlungen zwischen Erwachsenen private Angelegenheiten seien und keine Straftaten, fand die Erleichterung in spontanen Demonstrationen Ausdruck. „Heißt das, ich bin jetzt ein richtiger Bürger dieses Landes?“ fragte ein alter Kothi ungläubig. Die Entscheidung löste das Thema aus der Umklammerung der Gesundheitsbegriffe, in denen es ursprünglich gehalten war. Sie unterstrich, dass § 377 mit den in der indischen Verfassung verankerten Prinzipien der Gleichheit und des Rechts auf Leben unvereinbar sei. Das Gericht wies darauf hin, dass § 377 einer großen Gruppe von Menschen die Bürgerrechte abspreche und damit das Recht auf Privatsphäre, Würde und Gesundheit verletze und somit verfassungswidrig sei.

Einige Behörden entdeckten das Thema nun für sich. So bot in Karnataka die Rechtsberatungsstelle der Regierung gemeinsam mit Sangama im gesamten Staat Seminare zu „Transgender-Personen und das Gesetz“ ab. Die Backward Classes Commission erkannte an, dass Trans-Personen als Gruppe ausgegrenzt seien und diskriminiert werden und forderte daher, sie in die Liste der Backward Classes aufzunehmen, wodurch sie Anspruch auf bestimmte Leistungen hätten. Die Regierung des Bundesstaates kündigte Programme für Trans-Personen an, die jedoch noch keine Ergebnisse gezeitigt haben.

Neue Spielräume

Insgesamt gesehen ist die Öffentlichkeit toleranter geworden. Viele politische Parteien im südindischen Bundesstaat Karnataka unterstützen heute sexuelle Minderheiten, die sich in größeren und kleineren Städten auch zunehmend in Märkten und Veranstaltungen offen zu ihrer Sexualität bekennen. Mehr und mehr LSBT-Gruppen sind an Universitäten und in Institutionen entstanden.

Das offenere Klima bedeutet nicht, dass es seit 2009 keine Repressalien des Staates mehr gibt. Noch im November 2013 wurden in Hassan, einer Kleinstadt in der Nähe von Bangalore, 13 Personen mit Verweis auf § 377 festgenommen – die größte Gruppe Menschen, die je in Indien unter diesem Paragraphen verhaftet wurde. Sie wurden schikaniert und gedemütigt. Auf Interven-

tion des Karnataka Sexual Minorities Forum wurden die „Angeklagten“ auf Kautionsfreigelassen. Ihr Fall ist noch anhängig, aber der Spruch des Obersten Gerichtshofs aus dem Jahr 2013 hat die Wahrscheinlichkeit, dass sie verurteilt werden, erhöht.

Es gibt jedoch Anzeichen, dass das Thema Trans-Personen (insbesondere Trans-Frauen) an Sichtbarkeit gewinnt. Eine bemerkenswerte Entwicklung ist ein Urteil des Obersten Gerichtshofs Indiens aus dem Jahr 2014: Auf eine Petition der National Legal Services Authority hin hat er das Recht jeder Person gestärkt, ihr soziales Geschlecht auszuwählen (als Mann, Frau oder Transgender). Das Gericht formulierte sogar Leitlinien für die Zentralregierung und die Regierungen der Bundesstaaten, wie sie die zahlreichen Probleme angehen sollen, denen Trans-Personen heute gegenüberstehen. Das Urteil bekräftigte die Bedeutung der Anerkennung von Trans-Personen als volle Bürger des Landes.

Das Thema Trans-Personen erhielt auch unerwartet Unterstützung von der Rajya Sabha, dem Oberhaus des Parlaments, das auf Eigeninitiative einen Gesetzesvorschlag einbrachte, der den Trans-Personen nicht nur Rechte verleiht und diese Rechte schützt, sondern auch Quoten in Bildung und Beschäftigung, finanzielle Unterstützung und gesellschaftliche Inklusion verspricht. Sobald die Lok Sabha (das Unterhaus) diese Initiative unterstützt, wird es bundesweit Gesetz.

In Indien werden Themen wie Armut und Unterdrückung aufgrund von Geschlecht, Klasse und Kaste im allgemeinen mehr Bedeutung beigemessen als Sexualität. Doch Sexualität ist untrennbar mit Ideologien und Strukturen gesellschaftlicher Unterdrückung verbunden – sei es das Patriarchat, der Kapitalismus, das Kastensystem oder der religiöse Fundamentalismus. Daher kann der Kampf um sexuelle Rechte nicht von dem weitergefassten Kampf für Menschenrechte, für wirtschaftliche, politische und soziale Befreiung getrennt werden. Die Gesetzesreform ist daher ein Teil des Kampfes für soziale Gerechtigkeit. Dabei ist es nach wie vor von zentraler Bedeutung, Gemeinschaften so zu organisieren, dass sie für sich selbst sprechen und als Gemeinschaft verhandeln können. ■■

Im Wechsel der politischen Gezeiten

Die LSBT-Bewegung in Thailand und der Kampf für Geschlechtervielfalt

Srijula Yongstar

In Thailand macht die LSBT-Bewegung (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender) Fortschritte in Richtung gleichgeschlechtliche Ehe. Die Verabschiedung eines neuen Ehestandsgesetzes hat dabei Priorität, und die Forderung gewinnt immer mehr Gehör. Die Arbeit der Aktivist/innen endet damit jedoch noch lange nicht. Sie wollen LSBT-Rechte auf eine umfassendere gesellschaftliche Plattform stellen und sie in den weitergefassten Menschenrechtsdiskurs im Land einbinden. Noch offen ist, ob es gelingen wird, die allgemeine Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass LSBT-Rechte und Menschenrechte untrennbar miteinander verbunden sind.

Im Zuge des Wirtschaftswachstums und einer stärkeren Öffnung für kulturelle und gesellschaftliche Einflüsse aus dem Ausland konnte sich seit den 1990er Jahren in Thailand ein Menschenrechtsdiskurs etablieren. Die Verfassung aus dem Jahr 1997, auch „Verfassung des Volkes“ genannt, institutionalisierte diese demokratischen Veränderungen. Sie erkannte vierzig Menschenrechte an und schuf ein spezielles Organ, die nationale Menschenrechtskommission (National Human Rights Commission – NHRC), das diese Rechte in Thailand schützen und gewährleisten sollte. Viele Mitglieder der neuen NHRC begannen, sich für LSBT-Themen zu interessieren.

Auch LSBT-Aktivist/innen und Intellektuelle nutzten diese einmalige institutionelle und legislative Möglichkeit, um ihre Strategien neu zu überdenken. Eine lebhaft und konstruktive Debatte entstand zwischen den bestehenden LSBT-Netzwerken (Lesbengruppen, Schwulenorganisatio-

nen mit Erfahrung in der HIV/AIDS-Arbeit, Transgender-Aktivist/innen) und der NHRC. Damals entwickelten sich die isolierten und fragmentierten Bewegungen, die die Grundsätze der Geschlechtervielfalt vertraten, zu einer ernstzunehmenden landesweiten Bewegung. Ein erster Erfolg der gezielten Lobby-Arbeit beim Verteidigungsministerium war die Abschaffung des abwertenden Begriffs „psychische Störung“ im Zusammenhang mit Transgender-Personen aus einer Militärvorschrift (Sor Dor 43).

Trotz dieser ersten Erfolge erkannten die Befürworter/innen von LSBT-Rechten in Thailand sehr wohl, dass in der Öffentlichkeit die intrinsische Verbindung zwischen Menschenrechten und LSBT-Fragen keineswegs akzeptiert war. Daher planten die Netzwerke für Geschlechtervielfalt – mit der Unterstützung der NHRC – die Formulierung einer gemeinsamen nationalen Agenda, die den Rahmen für konkrete Veränderungen abstecken sollte. Eine Kernforderung dabei war, den Begriff „sexuelle Vielfalt“ grundsätzlich in jeder thailändischen Verfassung zu verankern.

Im Jahr 2006 ereignete sich ein politisches Erdbeben. Durch einen Militärputsch wurde die gewählte Pheu Thai-Regierung abgesetzt. Obwohl die „Verfassung des Volkes“ aus dem Jahr 1997 widerrufen wurde, blieb die NHRC unter einer vorübergehenden Charta bestehen – solange bis eine neue Verfassung formuliert war. Die Bewegung für Geschlechtergerechtigkeit erhielt ihre regelmäßigen Treffen mit der NHRC aufrecht. Sie wollte weiter Einfluss auf den verfassungsgebenden Ausschuss des Putsch-Regimes nehmen können. Ziel war es, das Prinzip der Geschlechtervielfalt auch in die neue Verfassung einfließen zu las-

sen. Diese Forderung wurde jedoch rundweg abgelehnt. Die intensive Lobby-Arbeit führte aber zumindest dazu, dass sich der verfassungsgebende Ausschuss bereit erklärte, in Artikel 30 der neuen Verfassung aus dem Jahr 2007 eine allgemeine Nichtdiskriminierungsklausel aufzunehmen, die Benachteiligung aufgrund des Geschlechts verbietet. Angesichts der schwierigen politischen Umstände, unter denen diese Verhandlungen stattfanden, betrachteten viele LSBT-Aktivist/innen das Ergebnis als einen Meilenstein im Kampf für Geschlechtervielfalt in Thailand.

Schwierige Beziehung: Die LSBT-Bewegungen und die neue Militärregierung

Seit dem erneuten Militärputsch im Mai 2014 ist die Zivilgesellschaft wieder massiven Einschränkungen und Kontrollen ausgesetzt. Öffentliche Veranstaltungen und friedliche Versammlungen werden verboten, Aktivist/innen und Wissenschaftler/innen werden vor die Behörden zitiert und eingeschüchtert.

Dennoch hat die Junta 2015 das Gesetz zur Geschlechtergleichberechtigung, die „Gender Equality Bill“, verabschiedet. Die Verfasser des Gesetzes wollten damit Diskriminierung und unfaire Behandlung aufgrund des Geschlechts einer Person abschaffen. Die Befürworter von Geschlechtervielfalt weisen allerdings darauf hin, dass das Gesetz eine Reihe vage definierter religiös begründeter oder auf die nationale Sicherheit verweisender Ausnahmen enthält, die letztendlich dem Ziel – die wirksame Bekämpfung der geschlechtsbasierten Diskriminierung – entgegenstehen.

Mehr noch: Die Regierung hat einen Entwurf für ein „Gesetz zum Schutz von Kindern aus medizinisch assistierter Fortpflanzung“ vorgelegt, das LSBT-Personen explizit die Dienste von Leihmüttern untersagen würde. Damit sendet die Regierung eine unmissverständliche Botschaft: Der Staat wird auch weiterhin auf institutioneller und legislativer Ebene LSBT-Personen diskriminieren.

An diesem kritischen Punkt ist erneut eine zunehmende politische Aufsplitterung der LSBT-Vorkämpfer/innen zu erkennen. Viele sind der Meinung, dass sich die LSBT-Bewegung, anders als im Jahr 2007, nicht erneut für eine Post-Putsch-Verfassung

einsetzen sollte, in der vagen Hoffnung, dadurch Fortschritte erzielen zu können. Sie fordern vielmehr die LSBT-Bewegung auf, sich in einer breit angelegten zivilgesellschaftlichen Bewegung zu engagieren, die die Legitimität der politischen Entwicklung in Thailand insgesamt infrage stellt und demokratische Prozesse und Strukturen fördert.

Am Scheideweg

Der Kampf für Geschlechtervielfalt, so wie ihn die LSBT-Bewegung in Thailand führt, wird irrelevant und wirkungslos bleiben, solange er sich ausschließlich auf legislative Verfahren sowie die Verfassungsgebung stützt und gleichzeitig die politische Struktur des Landes ignoriert. Führende Vertreter des integrierten Ansatzes fordern von der LSBT-Bewegung ein strategisches Umdenken – weg von der rein technischen und auf Einzelthemen fokussierten Rechtsreform hin zu einer stärkeren Beteiligung an Kampagnen, die liberale und pluralistische Rechte unterstützen. Ganz zentral dabei sind etwa Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Recht auf Zugang zur Justiz und eine nichtdiskriminierende staatliche Politik auf allen Ebenen der Gesellschaft. Mit einer solchen Strategie würde die LSBT-Bewegung nicht nur andere marginalisierte Gruppen in ihrem Kampf um Anerkennung und demokratische Partizipation unterstüt-

LSBT-Vorkämpfer/innen fordern dazu auf, sich in einer breit angelegten zivilgesellschaftlichen Bewegung zu engagieren, die die Legitimität der politischen Entwicklung in Thailand insgesamt infrage stellt und demokratische Prozesse und Strukturen fördert.

zen, sie würde auch sich selbst in der Mitte der thailändischen Gesellschaft verankern. Ein Beispiel dieses integrierten Lobby-Ansatzes zeigte sich bereits, als mehrere LSBT-Aktivisten offen einen Studenten der „Neuen Demokratischen Bewegung“ unterstützten, der nach einer friedlichen Demonstration gegen die Militärherrschaft verhaftet worden war. ■■■

„Ich bin erst Buddhistin – dann Feministin“

Der Kampf für die Ordination von Frauen in Thailand

Interview mit Dhammananda Bhikkhunī
von Srijula Yongstar und Florian Reinold

Das Christentum ohne Mönche und Nonnen? Undenkbar! Dasselbe galt für den Theravada-Buddhismus bis ins 11. oder 12. Jahrhundert nach Christus. Damals schwand der Einfluss des Buddhismus in Indien und Sri Lanka und die Zahl der Mönche (Bhikkhus) und Nonnen (Bhikkhunīs) sank rapide – bis es keine praktizierenden Theravada-Nonnen mehr gab. Im 13. Jahrhundert erlebte der Theravada-Buddhismus eine Renaissance und verbreitete sich von Sri Lanka in das alte Siam (heute Thailand). Der Klerus bestand damals ausschließlich aus Mönchen – daran hat sich bis heute nichts geändert. Die überwältigende Mehrheit des rein männlichen buddhistischen Klerus in Thailand weigert sich, die Ordination von Frauen zu akzeptieren. Frauen müssen ausländische Mönche um Hilfe bitten, wenn sie ihren Wunsch verwirklichen möchten, vollordinierte Theravada-Buddhistinnen zu werden.

Die Diskussion über die Ordination von Frauen im Theravada-Buddhismus scheint technischer Natur zu sein: Laut buddhistischer Schriften müssen sowohl ein männlicher als auch ein weiblicher Sangha anwesend sein, um die Ordination einer Frau ausführen zu können. Da jedoch die Tradition der vollordinierten Nonnen vor Jahrhunderten verschwunden ist, gibt es – so die Position des Obersten Sangha-Rats – keinen Weg zurück. Wie stehen Sie zu dieser Haltung?

Dhammananda Bhikkhunī: Lassen Sie mich die Debatte in einem Satz zusammenfassen: „Sie wissen nicht, dass sie nichts wissen“. Alles, was wir sagen, alles, an das wir glauben, jeder Aspekt unseres Lebens wurzelt in den buddhistischen Schriften. Die Schriften sind das Licht, das uns führt. Wir haben mit vielen – angeblich sehr belebten – Gelehrten gesprochen, aber sobald das Thema ordinierte Frauen angeschnitten wird, überfliegen sogar die hochgeschätzten Mönchsgelehrten die Schriften nur oberflächlich. Sie sagen, dass es keine Nonnen in Thailand gebe, also gebe es dazu auch nichts zu sagen, und sie ignorieren die entsprechenden Passagen. Sie sind alle renommierte Gelehrte und sollten alle Schriften gelesen haben. Aber das haben sie nicht getan, und deshalb verstehen sie auch den Kern der Botschaft nicht. Manchmal müssen wir zwischen den Zeilen lesen, manchmal ist es aber auch ganz offensichtlich. Die Zeilen selbst zu lesen, das würde schon reichen. Aber genau das wollen die Mönche nicht. Denn wenn ich zurück zu den Schriften gehe und sie wirklich lese, dann kann ich Zitate und Referenzen liefern, die belegen, dass die Position der Mönche gegenüber der Ordination von Frauen den Worten Buddhas widerspricht. Als Buddha den Mönchen erlaubte, Frauen zu ordinieren, mussten sie den Frauen 24 Fragen stellen, von denen sich einige auf sehr intime Aspekte des weiblichen Körpers bezogen. Früher waren Frauen zu schüchtern, um diese Fragen zu

Dhammananda Bhikkhunī, geboren als Chatsumarn Kabilsingh, ist eine bekannte Buddhismus-Gelehrte und war die erste thailändische Theravada-Nonne, nachdem sie 2003 in Sri Lanka ordiniert wurde. Heute ist sie Äbtissin des Klosters Wat Songdhammakalyani in Nakhon Pathom, etwa eine Stunde westlich von Bangkok, wo sie unterrichtet und Frauen voll- oder teilordiniert.

Srijula Yongstar ist Programmkoordinatorin für Demokratie und Menschenrechte und **Florian Reinold** ist Research Manager. Beide arbeiten für das Regionalbüro Südostasien der Heinrich-Böll-Stiftung in Bangkok, Thailand.

Was ist der Sangha?

Der Begriff Sangha kommt aus dem Sanskrit und bedeutet „Versammlung“. Er bezeichnet sowohl die gesamte buddhistische Glaubensgemeinschaft als auch den buddhistischen Klerus, der normalerweise aus einem Sangha der Mönche und einem Sangha der Nonnen besteht. Letzterer existiert derzeit in Thailand nicht. Der Status des Klerus ist im Sangha-Gesetz formell niedergelegt.

Es regelt die Organisationsstruktur der Mönchsgemeinschaft. Oberhaupt des Klerus ist der Oberste Mönchspatriarch von Thailand, der dem Obersten Sangha-Rat vorsitzt. Diesem Rat obliegt die Rechtsprechung in religiösen Fragen, einschließlich der Aufsicht über die Nominierung regionaler Äbte oder der Eintragung von Tempeln.

beantworten, also bat Buddha einige Bhikkhunīs, an der Zeremonie teilzunehmen, damit sich die Frauen wohler und sicherer fühlten. Das ist der einzige Grund, warum Bhikkhunīs überhaupt zu dieser Prüfung vor der eigentlichen Ordination eingeladen wurden. Heute sind die Frauen selbstbewusster: Sie haben kein Problem mehr damit, über ihren Körper zu sprechen. Das heißt, die Bhikkhus könnten sie ordinieren, auch ohne Anwesenheit von Bhikkhunīs. Aber die Ältesten des thailändischen Sangha sind nicht bis zu diesem Teil der Schriften vorgedrungen. Die Vinaya, die Ordensregeln, sagen nirgends, dass wir etwas nicht tun dürfen. Ziel der Vinaya ist es nicht, uns einzukerkern. Vielmehr sollen die Regeln uns ermöglichen, den Weg des Mönchs in Schönheit zu gehen. Wenn man aber den Geist des Buddhismus nicht versteht, dann sind die Ordensregeln ein Kerker. Aber das ist nicht, was Buddha meint. Daher müssen wir uns immer auf unser Wissen verlassen, auf die Art und Weise, wie wir die Dinge in Einklang mit den Schriften tun. Das heißt, die Schriften sind jetzt unsere Stärke.

Welche Absicht verfolgt der Oberste Sangha-Rat mit dieser strikten Weigerung, die Ordination von Frauen anzuerkennen?

Ich weiß nicht, ob es eine versteckte Absicht gibt, aber ich habe manchmal das Gefühl, dass es Angst ist. Warum Angst? Eine selbstbewusste Person braucht keine Angst zu haben, offen mit mir zu sprechen. Unsicherheit ist eine Quelle der Angst. Aber warum wird man unsicher? An so einem Punkt sollte man zurück zu den Schriften gehen und sie lesen. Die Schriften verleihen Stärke. Liest man die Schriften sorgfältig, wird klar, dass es nichts gibt, vor dem man Angst haben müsste. Die Frauen, die ordiniert werden möchten, kommen als Schwestern zu den Mönchen, sie möchten dazu beitragen, den Buddhismus zu verbreiten, die Wunden der Gesellschaft zu heilen. Da ist nichts, wovor man Angst haben müsste.

Gibt es einen regelmäßigen Austausch zwischen Ihrem Kloster und dem Obersten Sangha-Rat?

Nein, es gibt keinen Austausch. Die buddhistischen Schriften nennen sieben Möglichkeiten, mit Konflikt umzugehen. Eine dieser Möglichkeiten ist Sammukha, das bedeutet „von Angesicht zu Angesicht“. Doch „von Angesicht zu Angesicht“ ist nie passiert. Wenn sie uns die Gelegenheit gäben, zu erklären, warum wir uns so verhalten, dann wäre das viel besser. Aber so werden wir nur von den Medien interviewt und das, was wir sagen, erscheint in den Zeitungen. Aber auch die Zeitungen zitieren uns manchmal falsch, was sehr bedauerlich ist. Eine weitere Möglichkeit, so Buddha, mit einem Konflikt umzugehen,

ist, die Reste unter den Teppich zu kehren und alte Wunden nicht zu öffnen. Genau das ist die Strategie, die der thailändische Sangha-Rat verfolgt.

Ihr Tempel ist von den thailändischen Behörden nicht als offizielles Kloster anerkannt. Welche Probleme bringt das mit sich?

Wir haben nichts Ungesetzliches getan, aber das Gesetz unterstützt uns auch nicht. Das ist eine bizarre Situation. Wir können den Grund und Boden nicht als Tempel eintragen lassen, also mussten wir uns etwas überlegen und haben ihn als Stiftung registrieren lassen. Offiziell darf ich mich nicht Bhikkhunī nennen, denn wenn ich einen Personalausweis beantrage, kann ich nur Herr oder Frau angeben. Für Bhikkhunī gibt es keinen Computer-Code. Das ist der einfache Grund, den man uns gibt. Und wie würde ich an einen Code kommen? Ich müsste zur Verwaltungsbehörde gehen, die wiederum vom Ältestenrat eine Genehmigung erhält, um den Code zu vergeben. Das verdeutlicht die Problematik. Ich habe keine Probleme, solange ich nichts mit den Behörden zu tun habe. Aber in dem Moment, in dem die Behörden ins Spiel kommen, brauche ich einen Rechtsstatus – und da fangen die Probleme an.

Es scheint einige Vorschriften für vollordinierte Nonnen zu geben, die Sie im Status unter die Mönche stellen, und dennoch wollen Sie und andere Frauen die Ordination.

Ja, aber das macht mir nichts aus, denn ich denke, wir dürfen nicht vergessen, dass Buddha in einem altindischen Umfeld aufgewachsen ist. Wir müssen seine Vorschriften aus diesem Kontext heraus verstehen – und damals standen die Männer immer über den Frauen. Auch in unserer heutigen thailändischen Gesellschaft ist es doch so, dass bei einer Besprechung, an der sieben Männer und eine Frau teilnehmen, immer die Frau aufsteht und Kaffee macht. Ich verstehe den Kontext, aber es gibt eine Vorschrift, die wir nicht einhalten, nämlich in derselben Klosteranlage zu leben wie die Mönche. Zu Buddhas Zeiten wurde diese Vorschrift aus Sicherheitsgründen aufgestellt. Aber ich bin der Ansicht, dass wir heute viel mehr Probleme haben, wenn wir mit den Mönchen im selben Kloster wohnen. Wir verstehen, dass diese Vorschrift zu unserer Sicherheit existiert, aber wir haben eine Mauer um unser Kloster und Hunde und Zäune, das heißt, wir sind sicher. Also können wir diese Vorschrift auch ignorieren. Es gibt andere Möglichkeiten, den Sinn dieser Vorschrift zu leben. Eigentlich habe ich kein Problem damit, den Mönchen Ehre zu erweisen, solange ich weiß, dass die Mönche gute Menschen sind. Aber wenn sie sich schlecht benehmen, warum soll ich ihnen dann Ehre erweisen?

Im Gender Inequality Index 2014 des UNDP nimmt Thailand Platz 89 von 187 ein. Auf Ihrer Webseite sagen Sie, dass Sie sich zuerst als Buddhistin sehen und dann als Feministin. Wie ist die Gleichberechtigung der Geschlechter mit der Ablehnung der Ordination verbunden?

Wir haben das Recht auf Gleichberechtigung, aber dieses Recht wurde uns weggenommen. Wir fordern unsere Rechte ein, konkret: unser Recht auf Ordination. Wir fordern nichts bzw. erheben keinen Anspruch auf etwas, das uns nicht schon einmal gehört hat und das nicht für uns gedacht war. Wir fordern nur unser Recht. Das ist das Recht, das uns Buddha verliehen hat. Das heißt, es geht nicht um eine Geschlechterfrage im Sinne von „Ich möchte mit Männern gleichberechtigt sein“. So sehe ich es nicht. Ich vertrete den Standpunkt, dass es ein Erbe ist, das Buddha mir gegeben hat, und ich möchte dieses

Erbe in Anspruch nehmen. Und wenn ich sage, dass ich zuerst Buddhistin bin und dann Feministin, dann denke ich an eine Situation, die ich im Jahr 1983 erlebt habe, als ich an einer Konferenz in Harvard teilnahm. Ich habe in den 1980er Jahren viele der frühen Feministinnen gesehen. Sie haben geweint und geschrien und waren voller Zorn. Ich stimmte mit allem überein, für das sie kämpften, aber ich wollte nicht weinen und voller Wut sein. Daher habe ich mich zuallererst auf den Buddhismus konzentriert. Ich kann immer noch für das Thema kämpfen, aber ich muss ruhig und friedvoll wie eine Buddhistin sein. Das ist das Gleichgewicht zwischen Buddhistin und Feministin. Zuerst Buddhistin, dann Feministin.

Wie stark werden die Bhikkhunīs in Thailand von den Feministinnen unterstützt?

Nicht sehr stark. Die thailändischen Feministinnen der frühen 1980er Jahre wollten nichts mit Buddhismus zu tun haben. Sie waren der Meinung, der Buddhismus unterdrücke die Frauen. Ich war die erste Feministin, die eine buddhistische Nonne wurde, und ich war die erste, die versucht hat, die Haltung der thailändischen Feministinnen gegenüber dem Buddhismus zu korrigieren. In der Tat unterstützt der Buddhismus die Frauen sehr. Für mich war Buddha der erste Feminist in meinem Leben, der zweite war mein Vater. Meine Mutter war ebenfalls Nonne und als sie ordiniert wurde, hat sich mein Vater vor ihr verbeugt. Er verbeugte sich bis auf den Boden und pries sie, die vierfache Gemeinschaft des Buddhismus erfüllt zu haben. Das ist die vollständige Form des Buddhismus mit seinen vier Säulen: Mönche, Nonnen, Laienschülerinnen und Laienschüler. Natürlich habe ich auch alle meine Söhne zu Feministen erzogen. Ja, man muss keine Frau sein, um Feminist zu sein. Es sind die Eigenschaften von Frauen, Männern und anderen Geschlechtern, die den Raum für Frauen schaffen, entsprechend ihrer Potenziale zu wachsen. Die Unterdrückung verhindert, dass das Potenzial der Frauen erblüht.

Welche Fortschritte erwarten Sie in den kommenden zehn Jahren – für sich selbst, das Kloster und die Anerkennung der Ordination von Frauen?

Ich hoffe, dass die Menschen irgendwann aufwachen und sagen: „Genug! Das geht schon zu lange zu weit!“ Mehr als 700 Jahre hatten wir keine ordinierten Frauen mehr in diesem Land. Heute jedoch haben wir mehr als 100 Bhikkhunīs in 20 Provinzen – es gibt also Fortschritte. Thailand brüstet sich immer damit, weltweit das Land mit den meisten Buddhisten zu sein. Aber die buddhistische Gemeinschaft ist hier recht einseitig, weil die Bhikkhunīs immer noch fehlen. Die vierfache Gemeinschaft ist noch nicht verwirklicht. ■■■

Die Erinnerung bleibt

Folgen der Zwangsehen unter den Roten Khmer

Thida Kim

Frauen müssen heiraten, denn eine verheiratete Frau gilt als gute und gehorsame Tochter. Die Frau wird wunderschön gekleidet und frisiert, und ihr zu Ehren kommen viele Gäste. Die Hochzeit ist für jede kambodschanische Frau sehr wichtig. Wenn wir uns lieben ohne den Segen unserer Eltern und Verwandten und weglaufen, dann ist das nicht gut. In der kambodschanischen Tradition müssen die Kinder ihre Eltern respektieren. Eine Heirat kann nur stattfinden, wenn sie von den Eltern akzeptiert ist und wenn die Eltern dabei sind.

– (Like Ghost Changes Body, S. 36)

Eine traditionelle Hochzeit, „riep kaa“ auf Khmer, ist für jede kambodschanische Frau und deren Familie eine wichtige Zeremonie. Svay Ebihara hat in ihrer Dissertation aus dem Jahr 1968 die langen und farbenfrohen Feierlichkeiten als die „freudvollsten und entzückendsten Zeremonien“ bezeichnet, „sorgfältigst geplant“ und mit „kunstvollen traditionellen Gewändern für Braut und Bräutigam“. Die Feierlichkeiten dauern mehrere Tage und umfassen bis zu dreizehn komplexe Riten. Die Hochzeit ist ein Geschenk, das die Tochter ihren Eltern macht. Außer dem Brautpaar sind dafür viele weitere Akteure notwendig: Eltern, Verwandte, Freunde, Dorfälteste, Mönche, aschas (buddhistische Priester), Wahrsager, Musiker und die anderen Dorfbewohner. Vor dem Regime der Roten Khmer wurden die meisten Ehen von den Eltern arrangiert. Im Allgemeinen wurden die Kinder gefragt, ob sie mit dem Partner einverstanden sind, und wenn sie es nicht waren, wurden sie nur selten zur Ehe gezwungen.

Im Gegenzug konnten die Eltern von ihren Kindern Gehorsam, Respekt und Ergebenheit erwarten.

Die Last des Bürgerkriegs

Das Königreich Kambodscha hat viele brutale Konflikte erlebt, einschließlich Genozid und Bürgerkrieg. Die grausamste Etappe dieser blutgetränkten Geschichte war das vier lange Jahre währende Regime der ultrakommunistischen Roten Khmer, die das Land von 1975 bis 1979 beherrschten. In diesem Zeitraum wurden mehr als 20 Prozent der Bevölkerung getötet oder starben an Hunger, Krankheit oder unter den unmenschlichen Bedingungen der Zwangsarbeit. Das Regime wollte Kambodscha zurück in eine Agrargesellschaft verwandeln, daher wurden die Stadtbewohner auf das Land zwangsumgesiedelt, wo sie als Bauern leben mussten. Die Menschen wurden unterteilt in die „Alten“, die vor der Herrschaft der Roten Khmer bereits auf dem Land gewohnt hatten, und die „Neuen“, diejenigen, die aus der Stadt vertrieben worden waren. Vier Jahre lang waren Religion und kulturelle Praktiken verboten, Geld und Privateigentum waren abgeschafft und die gesamte Zivilbevölkerung musste im Kollektiv unter harten Bedingungen Landwirtschaft und Infrastruktur aufbauen.

Diese tragische Epoche hatte weitreichende Auswirkungen auf die Khmer-Gesellschaft, unter anderem die massive Destabilisierung der traditionellen Lebensweise mit ihren eng geknüpften Familien- und Gemeinschaftsbanden. Der radikalste Eingriff der Roten Khmer war die

Abschaffung der Familieneinheit: Familien wurden auseinandergerissen und nach Alter und Geschlecht getrennt in Arbeitslager gebracht. Viele der Arbeitsbrigaden zogen über weite Strecken durch das Land. Gekocht und gegessen wurde in der Gemeinschaft. Während die Eltern arbeiteten, kümmerten sich Fremde um die kleinen Kinder, die größeren Kinder lebten getrennt von den Eltern in Arbeitseinheiten. Kinder und Eltern konnten sich nur selten sehen.

Die Zwangsehe war eine besondere Form der sexuellen und geschlechterbasierten Gewalt unter den Roten Khmer. Traditionelle Hochzeiten wurden verboten und die *Angkar* (wörtlich „Organisation“), das höchste Entscheidungsgremium des Regimes, übernahm die Rolle der Eltern: Individuen wurden in die Ehe und ohne ihr Einverständnis in eheähnliche Beziehungen gezwungen. Die meisten Männer und Frauen durften ihre Partner nicht frei wählen, sondern mussten die ihnen zugewiesenen Ehepartner heiraten. Häufig waren die Paare völlig Fremde, die sich in Massenhochzeiten, durchgeführt von Vertretern des Regimes, einander versprechen mussten. Familienmitglieder durften an der Zeremonie nicht teilnehmen und hatten auch kein Mitspracherecht bei der Wahl der Partner für ihre Kinder. Traditionelle Trachten, Tanzen, Singen und religiöse Zeremonien waren verboten. Die Paare wurden in der typischen Einheitskleidung der Roten Khmer – schwarzer Anzug und Sandalen aus Autoreifen – miteinander verheiratet. Die Zeremonie dauerte kaum fünf Minuten, in denen Braut und Bräutigam öffentlich versprechen mussten, binnen eines Jahres ein Kind zu zeugen. Die frisch vermählten Paare blieben nach der Hochzeit meist einige Tage zusammen, häufig unter den Augen der Spione der Roten Khmer, der *chhlob*, die sicherstellen sollten, dass die Ehe auch vollzogen wurde. Aus Angst vor Strafe und wohl wissend, dass sie unter der Beobachtung durch die Kader der Roten Khmer standen, fügten sich die Paare. Diejenigen, die sich weigerten, meist Frauen, wurden durch Gewalt oder Androhung von Gewalt gezwungen. Manche Frauen berichteten, dass die Kader der Roten Khmer den Ehemännern halfen, ihre neuen Ehefrauen zu vergewaltigen, wenn diese sich dem Sex verweigerten. Danach mussten die Ehepartner in ihre jeweiligen Arbeitsbrigaden zurückkehren und trafen sich alle sieben bis zehn Tage, manchmal nur alle Monate, um

ihre Zeugungspflicht zu erfüllen. Zweck der Ehe war nicht die Gründung einer Familie im klassischen Sinne, sondern die Zeugung von Kindern für die Revolution.

Was bleibt, ist die Erinnerung an das Trauma

Auch heute noch ist völlig unklar, wie viele Frauen und Männer in eine Ehe gezwungen wurden. Angesichts der Tatsache, dass solche Heiraten im ganzen Land, in fast jedem Dorf stattfanden, dass die Altersgruppe zwischen 15 und 35 lag und sowohl verheiratete als auch unverheiratete Personen als potenzielle Ehepartner galten,

Die Zwangsehe war eine besondere Form der sexuellen und geschlechterbasierten Gewalt unter den Roten Khmer.

kann man von einer beträchtlichen Anzahl ausgehen. Und doch sind die Auswirkungen der Zwangsehen und die Bedürfnisse der Überlebenden erst seit Kurzem ein Thema in der Gesellschaft. Überlebende aus Zwangsehen kämpfen immer noch mit psychischen und physischen Symptomen ihres Traumas. Aber wer sich in Kambodscha als Opfer sexueller Gewalt zu erkennen gibt, riskiert weitere Traumatisierung durch Schuldzuweisungen, Stigmatisierung und Diskriminierung – nicht zu vergessen die Schande, die man über sich selbst und die Familie bringt. 2014 wurden in einer Studie der Transcultural Psychosocial Organization (TPO) 110 Personen befragt, von denen mehrere von Verletzungen der Geschlechtsteile und Reproduktionsorgane aufgrund von Misshandlung, Schlägen und Vergewaltigungen durch den Ehepartner berichteten. Etwas mehr als 27 Prozent der Befragten gaben sexuelle Probleme an, unter anderem Unterleibsprobleme, Libidoverlust und Angst vor dem Geschlechtsverkehr mit dem zweiten Ehepartner. Mehr als zwei Drittel berichteten von dauerhaften psychischen Problemen: Aggression, Panikattacken und emotionale Belastung durch die Erinnerung an die Zwangsheirat wurden häufig genannt. Etwas mehr als ein Drittel gaben an, wirtschaftliche Verluste aus der Zwangsehe erlitten zu haben, häufig weil der Ehepartner nicht zum Lebensunterhalt der Familie beigetragen hat, so wie das unter normalen Umständen zu erwarten gewesen wäre.

Scham ist unter den Opfern von Zwangsehen ein weit verbreitetes Gefühl. Ein Viertel der Befragten der TPO-Studie berichtete von sozialen Problemen aufgrund der Zwangsheirat, etwa Scham darüber, dass die traditionelle Hochzeitszeremonie nicht durchgeführt wurde, oder das Gefühl, von der Gemeinschaft ausgegrenzt zu werden. Diese Auswirkungen überschritten in manchen Fällen auch die Generationengrenze: 12 Prozent der Befragten gaben an, dass ihre Kinder aus der Zwangsheirat diskriminiert wurden.

„Ich habe nicht so geheiratet wie die anderen. Zu meinen Kindern haben die Leute gesagt: ‚Eure Mutter ist eine Witwe und sie hatte keine kan sla (traditionelle Hochzeitszeremonie)‘. Sie laden mich nicht zu ihren Zeremonien ein. Diese Ehe hat mein Leben zerstört. Die Gesellschaft behandelt mich schlecht, weil ich eine Witwe bin. Wenn sie bei den Hochzeitsriten die Goldpalmfrüchte essen, schließen sie mich aus. Sie laden keine Frauen ein, die verwitwet oder geschieden sind oder getrennt leben. Wir sind gebrochen, wie der Zweig eines Baumes, weil wir keinen Mann haben. Sogar bei der Hochzeit meiner eigenen Tochter durfte ich nicht als Mutter dabei sein. Meine Mutter nahm meinen Platz ein. Sowohl die Kinder als auch wir Mütter sind für den Rest unseres Lebens Opfer von Diskriminierung.“
– (Like Ghost Changes Body, S. 50)

Viele der zwangsverheirateten Frauen, insbesondere diejenigen zwischen 18 und 20, wurden schwanger. Die Mehrheit der Befragten, 76 Prozent, gab an, Kinder aus der Zwangsheirat zu haben. Viele der Frauen, die während des Regimes der Roten Khmer schwanger waren, mussten bis zum Tag der Niederkunft harte körperliche Arbeit verrichten, ohne medizinische Versorgung und ohne ausreichend Lebensmittel. Nach der Geburt bekamen sie kaum Zeit, sich zu erholen. Frauen, die sich nach dem Sturz der Roten Khmer von ihren Ehepartnern trennten, mussten mit dem Stigma leben, keine Jungfrau mehr zu sein, was eine Wiederverheiratung schwierig machte. Und alleinerziehende Mütter hatten es in der Zeit nach den Roten Khmer besonders schwer.

Fast die Hälfte der Zwangsehen aus dieser Zeit endete mit Scheidung oder Trennung. Zu den Gründen gab die Mehrheit der Befragten der TPO-Studie an, dass sie sich nicht mit dem Partner verstanden. Das bedeutet aber auch, dass fast die Hälfte der

Zwangsehen das Regime der Roten Khmer überdauerte, wohl weil sich entweder Liebe entwickelte oder weil der Druck der Familien, die Ehe zu wahren, zu groß war. Auch Kinder hielten die Familien zusammen.

Mein Mann und ich wurden jede Nacht von chhlob beobachtet. Wenn ich mich weigerte, mit meinem Mann zu schlafen, wurde ich zur ‚Umerziehung‘ geschickt, daher ließ ich meinen Mann alles mit mir machen, was er wollte. Das Verhältnis zwischen meinem Mann und mir war nicht sehr gut, denn er war nicht offen und verstand nicht, was Partnerschaft bedeutet. Ich war nicht glücklich mit ihm, aber wir sind heute noch zusammen. Ich bleibe bei ihm wegen der Kinder.“

– Eine Überlebende in einem Interview mit der Autorin.

Negative Verhaltensweisen in Konfliktzeiten, die nicht reflektiert werden, werden als normal in die Post-Konflikt-Gesellschaft übernommen. Gewalttätige und traumatisierende Verhaltensweisen wie Zwangsehen und Vergewaltigung, denen die Frauen unter dem Regime der Roten Khmer ausgesetzt waren, schaffen einen von Gewalt geprägten Präzedenzfall, der sich im modernen Kambodscha erhält, wenn er nicht korrigiert wird. Wenn sexuelle Gewalt in Kriegszeiten straflos bleibt, wird sie in Friedenszeiten ebenso akzeptiert. Bis heute ist sexuelle Gewalt in Kambodscha eine Straftat, über die keiner spricht: Wenn Vergewaltigungsoffer Gerechtigkeit suchen, dann geschieht das meist in privaten Abmachungen hinter geschlossenen Türen. Vergewaltigungen werden nur selten strafrechtlich verfolgt, und die Entschädigungssummen, wenn sie gewährt werden, sind gering. Vergewaltigung in der Ehe ist als Straftat so gut wie unbekannt.

Die Narben bleiben

Diese Kultur der Straflosigkeit ist heute noch ebenso präsent wie vor 40 Jahren. Gleiches gilt für die Kultur des Schweigens, die unter den Roten Khmer herrschte und von der Post-Konflikt-Generation bis heute beibehalten wird. Sie bewirkt, dass Überlebende es nicht wagen, Straftaten anzuzeigen. Die Vergangenheit ist noch längst nicht vergangen. Erst langsam beginnt die traumatisierte kambodschanische Gesellschaft mit der schmerzhaften Aufarbeitung ihrer Geschichte. Die Narben, die die Roten

Khmer hinterlassen haben, sind tief und auch im modernen Kambodscha immer noch spürbar.

Das hängt in hohem Maße damit zusammen, dass die Menschen Angst hatten und immer noch Angst haben. Nach dem Fall der Roten Khmer lebten die Menschen jahrzehntelang mit ihren Peinigern Tür an Tür. Viele Jahre war es tabu, über die Roten Khmer zu sprechen. Auch in der Schule wurde diese Zeit völlig ausgeblendet.

Das Schweigen war auch deshalb schwer zu durchbrechen, weil den Kambodschanern das Vokabular der Therapie und Heilung fehlte, das Voraussetzung für die Bewältigung eines Verbrechens jener Größenordnung ist, wie es an der kambodschanischen Gesellschaft verübt wurde. Fast zwei Generationen kambodschanischer Männer lernten kaum etwas außer Töten. Das wirkt sich bis heute auf die Beziehung der Geschlechter aus. ■■■

Literatur

- De Langis, T./ J. Strasser/ T. Kim / S. Taing (2014)
Like ghost changes body: A study on the impact of forced marriage under the Khmer Rouge regime. Transcultural Psychosocial Organization.
- Ebihara, S. (1968)
A Khmer village in Kambodscha. Dissertation. New York: Columbia University, 112–117, 474–475.
- Miles, G./ N. Thomas (2007)
Don't grind an egg against a stone: Children's rights and violence in Kambodschan history and culture. Child Abuse Review, 16: 383–400.
- Yi, B. (2013)
Transitional justice through the Kambodschan women's hearings. Kambodscha Law and Policy Journal, 23–38.

Interviews

- Interview mit Fall 4, weiblich (2. Mai 2014)
- Interview mit Fall 6, weiblich (28. April 2014)
- Interview mit Fall 3, Ehepaar (23. April 2014)

Website

- <http://gbvkr.org>

„Ich musste meine Identität verbergen“

Interview mit Sou Sotheavy. Von Sotheary Yim

Ich heiße Sotheavy und bin als siebter Sohn von sechzehn Kindern zur Welt gekommen. Bis ich zehn Jahre alt war, spielte ich wie ein Mädchen, mehr nicht. Dann wurde in mir das Gefühl immer stärker, kein Junge zu sein. Ich liebte die Natur und weibliche Eigenschaften – die beiden in der Gesellschaft am verhasstesten Charakterzüge.

In was für einem familiären Umfeld sind Sie aufgewachsen?

Meine Familie war, was manche Leute Mittelschicht und andere Oberschicht nennen würden. Mein Vater wurde 1960 Forstbeamter, eine Arbeit, die er bis 1970 ausführte. Dann wurde er Ein-Sterne-General, denn es herrschte Krieg. Meiner Familie ging es gut, unter meinen Geschwistern sind heute ein Arzt, ein Professor, ein Filmstar und ein Lehrer.

Wurden Sie in der Familie akzeptiert?

In der Familie wurde ich immer sehr stark benachteiligt. Als ich mit zehn Jahren langsam begann, in mein wahres Ich hineinzuwachsen, wurde der Druck der Familie immer stärker. Sie verachteten und beleidigten mich. Sie schlugen mich – die Narbe ist noch heute sichtbar. Damals erduldeten Sie den Schmerz und die Diskriminierung. Wo hätte ich auch sonst hingehen sollen?

Wann sind Sie dann doch von zu Hause fortgegangen?

Meine Familie hat versucht, mich zu ändern, einen richtigen Jungen aus mir zu machen. Aber ich wollte nicht. Ich konnte es nicht. Die Eigenschaften eines Mädchens zu haben, das war meine Natur. Ich wusste schon als Jugendlicher, wenn ich zu Hause bleibe, bin ich eine Belastung für meine Familie. Ich werde den guten Ruf der Familie zerstören. Deshalb wollte ich schon früh weg von zu Hause. Als ich 14 war, verstieß mich meine Familie. Da ich die Beleidigungen, die Benachteiligung und die Gewalt nicht mehr ertrug, verließ ich meinen Heimatort in der Provinz Takeo und ging nach Phnom Penh, wo ich vorher nie gewesen war. Ich fühlte mich fremd dort, ich hatte alles verloren, worauf ich ein Anrecht hatte – vor allem die Möglichkeit, zur Schule zu gehen, zu Studieren und meine angestrebte Laufbahn als Rechtsanwalt.

Sou Sotheavy ist 75 Jahre alt. Vor zwei Jahrzehnten begann sie, in Kambodscha ein Netzwerk aus Organisationen aufzubauen, die Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender (LSBT) unterstützen. 2008 war sie die erste Transgender-Person, die die Roten Khmer wegen sexueller Gewalt anzeigte. Später sagte sie vor dem Roten Khmer-Tribunal als Zeugin aus. Sou Sotheavy wurde 2014 mit dem David Kato Vision and Voice Award ausgezeichnet.

Das Interview wurde von der Psychologin **Sotheary Yim** geführt, die seit 2005 Überlebende des Regimes der Roten Khmer unterstützt. Das Interview wurde aus Platzgründen und zum Zwecke der besseren Verständlichkeit gekürzt.

Wie sahen Sie damals aus – kleideten Sie sich schon als Frau?

Ich kleidete mich als Frau, jedoch nicht in Schwarz. Ich trug einen Sarong und ein Jackett, mein Haar reichte bis zur Taille. Im Dorf waren alle gleich angezogen gewesen. Nach der Machtergreifung der Roten

Khmer im Jahr 1975 wurde ich verhaftet. Sie beschuldigten mich, Soldat einer feindlichen Macht – ein CIA-Spion – zu sein. Sie beschuldigten die Menschen, wie es ihnen gerade einfiel.

Konnten Sie während des Regimes der Roten Khmer offen Transgender sein?

Nein. Ich beschloss, mein Haar abzuschneiden und ein Mann zu werden, weil ich meine Identität verbergen wollte. Ich wollte nicht, dass sie wussten, dass ich Männer liebe, denn solange sie es nicht wussten, konnte ich noch mit anderen Menschen leben.

Kannten Sie damals andere LSBT?

Ja, es gab viele. Ich kannte Frauen, die Frauen liebten, und Männer, die Männer liebten. Aber ganz gleich, wie sehr sie sich liebten, sie durften nicht darüber sprechen, auch nicht mit Freunden. Wenn die Roten Khmer es erfahren hätten, hätten sie uns wegen unmoralischem Verhalten und Zerstörung der Tradition angeklagt und zum Tode verurteilt. In solchen Fällen kamen die Roten Khmer nachts, verschleppten dich und du wusstest dann, dass du sterben wirst.

Waren Sie damals Opfer sexueller Gewalt?

Wir hungerten alle, weil es nicht genug zu essen gab. Damals begann ich, Sex gegen Reis anzubieten. Manchmal wurde ich zum Sex gezwungen. Einmal befahl man mir, in den Raum zu gehen, in dem Gefangene verhört wurden und dort zu warten. Da lagen Zangen, mit denen sie die Fingernägel herauszogen, Nägel, die sie durch die Fingerkuppen schlugen, Hammer. Ich habe alles gesehen. Nachdem ich eine Weile gewartet hatte, befahl man mir, in einen anderen Raum zu gehen. Als ich eintrat, saß dort der Gefängnisdirektor. Ich war in Panik. Er befahl mir, ihn zu massieren und ich gehorchte. Abends wurde ich erneut gerufen und sollte ihn wieder massieren. An dem Abend hatte ich auch Sex mit ihm. Er sagte: „Erzähle es niemand oder wir sterben beide.“ Aber ein Wächter hatte uns beobachtet. Er befahl mir, auch mit ihm Sex zu haben. Als ich mich weigerte, drohte er mir, er werde den Roten Khmer sagen, uns beide zu töten. Also hatte ich Sex mit ihm. Einmal wurde ich von zehn Soldaten vergewaltigt. Ich lebte zu dem Zeitpunkt mit meinem damaligen Partner zusammen. Mein Partner sagte, ich hätte Glück gehabt, denn zumindest hätte ich überlebt. Wir versuchten, vor den Roten Khmer zu fliehen, aber mein Partner wurde erschossen. Bis heute ist er in meinem Herzen und in meinen Gedanken.

Wurde jemals Druck auf Sie ausgeübt zu heiraten?

Natürlich haben sie es versucht, wie bei vielen anderen auch. Aber ich hatte immer eine Menge Ausreden. Sie übten Druck aus, haben aber nie gedroht, mich zu töten. Sie sagten: „Du bist im richtigen Alter und solltest nicht noch länger warten. Die Roten Khmer geben dir die Möglichkeit zu heiraten. Ergreife sie. Gibt es jemanden, der dich liebt?“

Wollten sie, dass Sie eine Frau heiraten oder einen Mann?

Eine Frau. Niemand hätte mir vorgeschlagen, einen Mann zu heiraten, da ich mich als Mann präsentierte, um meine Identität zu verbergen.

Wie ging das Leben für Sie weiter nach den Roten Khmer?

Ich suchte meine Verwandten, fand sie jedoch nicht. Zuerst verdiente ich meinen Lebensunterhalt als Bodyguard, später begann ich bei einer NGO zu Gender-Themen zu arbeiten. Zunächst ging es ausschließlich um HIV und AIDS. Dann wurde mir klar, dass ich meine eigene NGO für und mit LSBT gründen wollte.

Um was geht es in Ihrer Organisation?

Sie nennt sich Kambodscha Network Men Women Development (CNMWD) und wurde im Jahr 2000 gegründet. Unsere Ziele und unsere Vision waren zuerst sehr eng gefasst, aber wir haben unsere Aktivitäten immer mehr erweitert und arbeiten heute auch zu Bildung, Gesundheit und Lebenshilfe. Inzwischen kennen wir viele LSBT, die in den unterschiedlichsten Ministerien arbeiten, im Senat, als Ärzte, in anderen Institutionen. Aber sie zeigen ihre Identität nicht offen. Nachdem meine Organisation einen Preis erhalten hatte, wagten sich einige, zu ihren Frauen zu sagen: „Ich liebe Männer, was hältst du davon?“ Und die Frauen antworteten: „Dass du Männer liebst, ist mir egal, solange du keine andere Frau liebst.“ Heute ist es nicht mehr so ein Problem, wenn ein Mann einen Mann liebt. Die Männer haben einfach weiter Sex mit ihren Frauen, ganz normal. Aber ich bin anders. Ich liebe Frauen nicht, noch nicht einmal Männer mit weiblichen Eigenschaften.

Ihre Arbeit wurde ausgezeichnet?

Ja. Die erste Auszeichnung in Kambodscha war Apsara, ein Preis des nationalen Chaktomuk-Netzwerks¹. 2004 bekam ich dann als zweite Auszeichnung die Panasonic-Medaille. Von UN AIDS² wurde ich 2008 in Mexiko für die Arbeit meiner NGO ausgezeichnet. Und 2014 wurde mir der internationale Teddy-Award³ in Berlin verliehen.

Welche Veränderungen beobachten Sie in Bezug auf die Situation der LSBT-Community in Kambodscha?

Es gibt eine enorme Veränderung: In der Vergangenheit wurden LSBT-Menschen, die von den lokalen Behörden verhaftet wurden, physisch und psychisch misshandelt. Freigelassen wurden sie nur gegen Herausgabe von Wertgegenständen in ihrem Besitz: eine Uhr, ein Armband, ein Ring. Wenn sie gut aussahen, gab es Freiheit nur gegen Sex. Seit etwa zwei oder drei Jahren werden wir immer stärker anerkannt, und wir sind auch sehr erfolgreich geworden. Wir haben sehr hart an unserer Kampagne und dem Advocacy-Programm gearbeitet, und nachdem ich die drei Auszeichnungen erhalten hatte, konnten wir viele Erfolge verzeichnen. Das meine ich, wenn ich sage, dass ich sehr erfolgreich bin.

Was muss die LSBT-Gemeinde in Kambodscha noch erreichen?

Es gibt noch zwei wichtige Ziele: Schutz durch das Gesetz und Legalisierung der Ehe. Schutz bedeutet, dass LSBT-Personen, die vor Gericht gehen, vom Gesetz geschützt werden. In der Vergangenheit war es häufig so, dass LSBT-Fälle vor Gericht abgelehnt wurden. Auch die Legalisierung der Ehe ist als Gesetz notwendig. Im Moment heiraten wir zwar, aber die Ehe ist nicht anerkannt.

Hat das mit individueller Diskriminierung zu tun oder mit Diskriminierung durch das Gesetz?

Mit beidem – es geht um Diskriminierung auf persönlicher und auf rechtlicher Ebene, denn es sind ja die Menschen, die die Gesetze umsetzen. Wenn ich Anzeige erstatte, gebe ich in dem Formular nicht an, dass ich ein Mann bin. Ich sage, ich bin eine Transgender-Person, ein Opfer von sexueller Gewalt und Diskriminierung. Das Gesetz bietet Männern und Frauen viel Schutz, aber nicht uns. Daher brauchen wir ein Gesetz, das uns als Menschen und als Transgender-Personen schützt, und wir brauchen die rechtliche Anerkennung der Ehe.

Wenn Sie auf Ihr Leben zurückblicken, was fühlen Sie?

Was mich am glücklichsten macht, ist, dass ich für meinen Erfolg gekämpft habe. Ich habe 40 Länder besucht. Das hätte ich nicht erreicht, wenn ich weniger hartnäckig gewesen wäre. Viele Transgender-Personen waren noch nie in Thailand oder Vietnam, ich aber habe den Pazifik und den Atlantik überquert. Wenn ich nicht an meiner wahren Identität festgehalten und nicht gekämpft hätte, wäre ich nie so erfolgreich geworden. Ich kann viele handwerkliche Dinge wie Weben und kenne mich in vielen Bereichen von Medizin bis zu Kunst aus, aber ich habe nie meinen Lebensunterhalt damit verdient. Ich habe immer an meine Fähigkeit geglaubt, andere zu überzeugen – ich wusste, dass die Menschen mir zuhören. Ich habe immer versucht, mich nicht selbst zu enttäuschen oder zu leiden wegen meiner Hartnäckigkeit.

Wie haben Sie Ihre Zeugenaussage beim Tribunal erlebt?

Als ich über meine Erfahrungen berichtete, konnte ich einfach nicht aufhören zu weinen, so sehr ich mich auch bemüht hatte, die Fassung zu wahren. An einem der Verhandlungstage wurde ich furchtbar wütend über einen der angeklagten Roten Khmer – den ehemaligen Staatschef Khieu Samphan. Die Tränen strömten mir nur so übers Gesicht. Samphan sagte mir, er habe von den Massenmorden nichts gewusst. Ich erwiderte: „Übernehmen Sie endlich Verantwortung, Sie waren doch einer der Führer. Und Sie sagen, Sie haben nichts gewusst? Wenn Sie mein Vater wären und ich hätte jemanden ausgeraubt, wie könnten Sie sagen, dass Sie nichts gewusst haben? Sie können nicht Vater sein und nichts wissen. Sie müssen die Verantwortung übernehmen.“ Später sagte mir Samphan: „Ich bedauere das. Ich war eine Marionette der Regierung. Ich wusste es, aber ich konnte nichts sagen. Erlauben Sie mir, Ihnen mein Beileid auszusprechen für Ihren Verlust?“ Als ich das hörte, war ich erleichtert und fühlte mich besser. ■■■

¹ <http://goo.gl/NrhP9R>

² The joint United Nations Programme on HIV/AIDS (Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen zu HIV/AIDS)

³ Der Teddy Award ist ein seit 1987 verliehener Filmpreis für Filme mit schwul-lesbischem bzw. Transgender-Hintergrund. Er wird am Vorabend der Verleihung des Goldenen Bären im Rahmen der Berlinale in Berlin vergeben.

„Nach außen bin ich glücklich, aber nicht innen drin“ Die LSBT-Community in Kambodscha

Porträts von Steffi Eckelmann

Steffi Eckelmann ist regelmäßig in Kambodscha unterwegs, wo sie als Reportagefotografin für verschiedene Nichtregierungsorganisationen arbeitet. Mit ihren Bildern möchte sie das öffentliche Bewusstsein schärfen, insbesondere für die Schicksale hinter den Bildern. Im Jahr 2015 widmete sie sich der kambodschanischen LSBT-Community (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender). Sie hält deren Geschichten fest und gibt der LSBT-Bewegung in Kambodscha damit ein Gesicht und eine Stimme.

Steffi Eckelmann ist seit 2007 freiberufliche Fotografin. Sie hat ein Diplom in Kommunikationsdesign und einen Master of Arts in European Media.



Das letzte Mal im Kleid. Plung Sreyrann war damals dreizehn Jahre alt.

Plung Sreyrann, 23

„Die Zelle im Frauengefängnis war kleiner als dieses Wohnzimmer – für 39 Frauen. Reiche Gefangene zahlen Geld, damit sie auf einem Podest schlafen können. Ich musste auf dem nackten Boden schlafen, nur mit Decke und Kopfkissen und ohne Moskitonetz. Ich hatte furchtbar Heimweh nach meiner Familie und war kurz vorm Verhungern.“

In Kambodscha findet man als Transgender-Mann nur schwer Arbeit. Und als Transgender-Mann, der schon einmal im Gefängnis war, ist es fast unmöglich. Erst kürzlich, zwei Jahre nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis, wozu man ihn wegen sexueller Beziehung zu einer Minderjährigen verurteilt hatte, fand der 23-jährige Sreyrann Arbeit in einer Textilfabrik. Seine Mutter hatte den Besitzer angefleht, ihrem Kind eine Chance zu geben. Jetzt arbeitet er in 12-Stunden-Schichten.

Sreyrann betont immer wieder, dass er kein Krimineller sei, sondern ein Opfer der Intoleranz gegenüber Transgender-Menschen. Die Minderjährige, mit der er Sex gehabt haben soll, sei seine Freundin gewesen, sagt er. Sreyrann und seine Eltern glauben, dass die Familie des Mädchens eine bewährte Taktik anwandte, um der Beziehung ihrer Tochter mit einem Transgender-Mann ein Ende zu setzen: Sie bestachen die Polizei und ließen sie die Geburtsurkunde des Mädchens fälschen, damit sie als Minderjährige galt.

Sreyranns Eltern waren für ihn wie ein Fels in der Brandung während des langen und qualvollen Kampfes gegen die Behörden. Obwohl die Eltern kaum zur Schule gegangen waren, so hatten sie im Fernsehen Transgender-Aktivist*innen gesehen und ahnten, dass ihr Kind wie sie sein könnte. Arm und ohne Land, das die Eltern verkaufen konnten, steckte die Familie in der Klemme. Sie konnten die 2500 Dollar Entschädigung nicht zahlen, die die Familie des Mädchens forderte, und so wurde Sreyrann zu 5 bis 10 Jahren Haft verurteilt. Ohne Gerichtsverhandlung.

Völlig verängstigt konnte er Monate lang weder essen noch schlafen. Verzweifelt wandte sich seine Familie an eine NGO, die tatsächlich einen Anwalt fand, der das Urteil gegen Sreyrann anfocht. Der Anwalt argumentierte vor Gericht, dass die Bestrafung gleichgeschlechtlicher Beziehungen falsch sei und wies darauf hin, dass von Rechts wegen alle Arbeiter*innen in einer Textilfabrik über 18 sein müssen, weshalb Sreyrann davon ausgehen konnte, dass seine Partnerin nicht mehr minderjährig war. Sreyranns Verurteilung wurde zwar aufgehoben, eine Entschädigung erhielt er aber nicht.

Seit er aus dem Gefängnis entlassen wurde, geht es Sreyrann besser. Er hat sich wieder verliebt. Dieses Mal in eine Frau, deren Familie ihn so akzeptiert, wie er ist, und die dem jungen Paar in einer traditionellen Zeremonie ihren Segen gegeben hat.



Plung Sreyrann im Wohn-Schlafzimmer seiner Familie. Die Zelle in dem Frauengefängnis, in dem er ein Jahr verbachte, war kleiner als seine jetzige Wohnung – und er musste sie mit 38 weiblichen Gefangenen teilen.

Rosalie,* 30

„Nach außen hin bin ich glücklich, aber nicht innen drin. Andere haben Familie, ich nicht. Noch nicht mal mein Partner weiß von meiner Krankheit.“

Vor vier Jahren brachte eine Freundin Rosalie zum Arzt: Die früher so lebenslustige Frau hatte stark abgenommen und war so geschwächt, dass sie kaum noch laufen konnte. Das Ergebnis bestätigte die schlimmsten Befürchtungen der beiden: Rosalie war HIV positiv und hat jetzt AIDS. Infiziert wurde sie, als sie 2001 in Siem Reap als Prostituierte – als „hübsches Mädchen“, wie Rosalie das nennt – arbeitete.

Die Diagnose war ein schwerer Schlag für die damals 26-Jährige, deren Leben in vieler Hinsicht eine Erfolgsgeschichte der Transgender-Community ist. In ihrer Heimatstadt Battambang führt Rosalie heute einen erfolgreichen Friseur- und Schönheitssalon und bildet sogar aus. Wenn sie eine Braut für die üppigen Hochzeitsfeierlichkeiten zurechtmacht, kann sie manchmal bis zu 1000 US-Dollar verdienen.

Rosalie spricht offen über die Vorurteile, gegen die sie immer noch zu kämpfen hat:

Manche Familien lehnen sie ab, weil sie nicht möchten, dass ein „Mann“ eine Frau schminkt. Aber im Großen und Ganzen wird die Gesellschaft, so Rosalie, toleranter.

Da AIDS nach wie vor ein Stigma hat, verschweigt Rosalie ihre Krankheit gegenüber ihren Kunden. Auch ihr Partner weiß nichts davon und versteht nicht, warum sie darauf besteht, beim Sex ein Kondom zu benutzen. Die Krankheit geheim zu halten belastet die Beziehung stark. Wenn immer ihr Partner vorschlägt, zusammenzuziehen, lehnt sie ab, und wenn sie befürchtet, die Nebenwirkungen der Medikamente könnten die Krankheit verraten, weigert sie sich, ihren Partner zu sehen – auch über längere Zeit.

Rosalies Leben ist eine Achterbahnfahrt zwischen Momenten des Glücks und Momenten der Trauer. Trotzdem versucht sie, das Gute zu genießen: Sie liebt ihre Arbeit, sie singt aus voller Kehle zu Liedern von Lady Gaga und Madonna, und sie kauft gerne Kleider für sich und ihre beste Freundin. Sie fühlt sich „frei wie ein Vogel“ und möchte kein anderes Leben leben.

* Name geändert



Rosalie in ihrer Wohnung – umgeben von Perücken, die sie für die Ausbildung der Friseurlehrlinge braucht.

Phan (Ret) Saret, 43

„Manchmal bin ich wütend, dass ich so zur Welt gekommen bin.“

Ret lebt mit seiner Partnerin und seiner Mutter, die im Rollstuhl sitzt, auf einem geliehenen Stück Land unter einem Wellblechdach, das kaum größer ist als ein Bett. Wenn er spricht, sind seine Worte voller Trauer. Er sagt offen, dass er an Selbstmord gedacht hat und fürchtet, dass sein Körper bald nicht mehr mitmacht: Er hat eine seltene Hautkrankheit, seine Knochen schmerzen und er verliert an Gewicht. Medikamente kann er sich kaum leisten.

Sieht man den gebrechlichen 43-Jährigen, kann man sich kaum vorstellen, dass er einmal ein furchtloser Kämpfer war, der Football-Star seiner Schule, den man, obwohl er mit einem weiblichen Körper geboren wurde, nur in Männerkleidung sah. Mit 17 gestand Ret seinen Freunden die Wahrheit: Dass er sich nicht als Frau

sehe, sondern als Transgender-Mann. Eine Wahrheit, die ihn die meisten seiner Freundschaften kostete, die ihn aber nicht davon abhielt, seinen Traum zu verwirklichen: Polizist zu werden und Verbrechen zu bekämpfen.

Als junger Polizist in Battambang war Ret häufig der einzige Fürsprecher der LSBT-Community in einem von Vorurteilen beherrschten Polizeikorps, das Transgender-Frauen oft unter falschen Anschuldigungen verhaftete. Ret war es dann, der sich bei dem örtlichen Polizeichef für sie einsetzte. Seine Bitten wurden aber meist ignoriert.

Ret ist froh, dass seine Partnerin und seine Mutter ihn lieben, obwohl beide vorher Transgender-Personen ablehnten.

Er hofft, dass die Erfolge in seinem Leben, wie seine Karriere als Polizist, andere in der LSBT-Community dazu ermutigen, beharrlich zur Wahrheit zu stehen.



Phan Saret (Ret) vor seinem Arbeitsplatz, der Polizeiwache Bakan.

Chin Kim Touch, 43

„Die Transgender-Frauen Kambodschas beugen immer den Kopf. Nie schauen sie andere an. Das ist unser Alltag.“

Die 43-jährige Touch kam während des brutalen Regimes der Roten Khmer zur Welt. Bereits mit acht Jahren wusste sie: Sie wollte als Frau leben. Ihre Mutter starb drei Jahre nach dem Sturz der Roten Khmer und so wuchsen Touch und ihre fünf Geschwister bei ihrem Vater auf.

Touch hat nie ernsthaft mit ihrem Vater über ihr Geschlecht gesprochen, aber er weiß, wer sie ist und scheint sie meist auch so zu akzeptieren, obwohl er ihr ab und zu immer noch zuredet, doch eine Frau zu heiraten. Eine von Touchs Schwestern ist lesbisch und arbeitet auf einer Baustelle in Thailand.

Einerseits habe sich seit dem Ende der Roten Khmer das Leben von Transgender-Frauen in mancher Hinsicht drastisch ver-

ändert, erzählt Touch. Frauen können jetzt Hormonpillen nehmen, um ihren Körper weiblicher zu machen, und sie können sich in Thailand einer Brustoperation unterziehen. Touch hat nie Medikamente genommen um ihren Körper zu verändern, und jetzt fühlt sie sich zu alt für eine Operation.

Andererseits aber gebe es in manchen Bereichen kaum Fortschritte, so Touch. Als Transgender-Person gelte man in Kambodscha immer noch als kriminell und sei verbaler und körperlicher Misshandlung ausgesetzt, häufig durch die Polizei.

In dem Viertel, in dem sie lebt, fühlt sich Touch recht heimisch. Als sie vor zwölf Jahren hierher zog, um ihren Schönheitssalon zu eröffnen, waren die Nachbarn feindselig und beschwerten sich über sie. Aber nachdem sie gemerkt haben, dass Touch eine erfolgreiche Geschäftsfrau ist und nicht den gängigen Vorurteilen entspricht, sind sie freundlicher geworden.



Chin Kim Touch in ihrem Schönheitssalon, den sie seit 12 Jahren führt.

Tin Nasiroh, 29

„Als meine Eltern es herausfanden, schrien sie mich an. Sie waren so wütend, dass sie mich fast mit einem Stock verprügelt hätten. Irgendwann habe ich mit meiner Freundin Schluss gemacht, weil ich befürchtete, meine Eltern würden ihre Drohung, sie ins Gefängnis zu bringen, wahr machen.“

Tin Nasiroh kämpft schon ihr ganzes Erwachsenenleben für ihr Recht, die Beziehungen zu leben, die sie haben möchte – ein Kampf gegen gesellschaftliche Stigmatisierung und gegen den Druck ihrer konservativen muslimischen Familie.

Mit sechzehn lernte sie ihre erste Freundin kennen, eine lustige, jungenhafte Kollegin in der Textilfabrik, in der sie arbeitete. Doch auch als ihre Beziehung ernster wurde, traute sich Nasiroh ihren Eltern nicht zu sagen, dass sie eine Frau liebte. Das größere Problem war schon bald, dass ihre Eltern sie drängten, zu heiraten. Zunächst weigerte sie sich, aber ihre Eltern beharrten darauf. Verzweifelt flüchtete Nasiroh aus dem Haus ihrer Eltern und lebte einen Monat bei ihrer Freundin in Sihanoukville. Aber ihre Mutter rief sie an und flehte, sie möge doch zurückkommen. Nasiroh gab nach – nur um kurz darauf wieder wegzulaufen. Als die Mutter die Flucht ihrer Tochter bemerkte, benach-

richtigte sie die Polizei und als Nasiroh in Sihanoukville ankam, war ihre Freundin bereits verhaftet. Aus Angst, die Mutter werde ihre Drohungen wahr machen und dafür sorgen, dass die Freundin im Gefängnis blieb, trennten sich die beiden.

Nasirohs zweite Beziehung begann unter freieren Umständen. Sie lernte ihre Freundin 2011 während der Phnom Penh Pride Week kennen, wechselte in eine Textilfabrik in deren Heimatstadt und die beiden verbrachten zwei glückliche Jahre miteinander. Doch als Nasirohs Mutter zu Besuch kam und sah, in welcher Art Beziehung ihre Tochter lebte, zwang sie sie erneut, nach Hause zurückzukehren.

Heute trifft Nasiroh ihre Freundin nur an Feiertagen und telefoniert nur heimlich mit ihr. Zwar wirft sie ihrer Mutter grausames Verhalten vor, meint aber auch zu wissen, woher diese Ablehnung gleichgeschlechtlicher Beziehungen kommt: aus dem Koran. Nasiroh vermutet, ihre Mutter würde sie so akzeptieren, wie sie ist, wäre da nicht die Religion. Heute denkt sie, dass es ein Fehler war, ihre erste Beziehung geheim zu halten, denn wenn sie von Anfang an offen darüber gesprochen hätte, wäre es vielleicht nie zu dieser Eskalation gekommen.



Tin Nasiroh und ihr Neffe am Fluss. Hier fühlte sie sich sicher und unbeobachtet. Sie konnte uns nur heimlich treffen, an einem Sonntag, unter dem Vorwand, mit dem Kind ihrer Schwester spazieren zu gehen.

Ong Sowoint Pianei, 30

„Wenn ich in jemanden verliebt war, habe ich meine Gefühle nie gezeigt. Das tat weh und hat mich einsam gemacht. Bei vielen schwulen Männern, die ihr wahres Ich verbergen, ist das so – ihre Liebe wird nie erwidert.“

Pianei ist 30 Jahre alt und hatte noch nie über längere Zeit einen Job. Er war noch keine 20, als er sich outete und ist sicher, dass er wegen der Vorurteile gegen Schwule keine Arbeit findet. Ursprünglich wollte er Lehrer werden, aber die Schüler beschwerten sich, er sei zu „feminin“. Ein Vorwurf, den er immer wieder hört. Er würde gerne für eine NGO arbeiten, hat aber keine Berufserfahrung und keinen Hochschulabschluss.

Eine Weile lebte Pianei in Pattaya in Thailand, wo er als Prostituirter sein Geld verdiente, was er in seiner Heimatstadt nicht gewagt hätte.

Das Leben in Thailand war nicht schlecht – die Männer, die er begleitete, waren reich und behandelten ihn gut, und die Besitzer der Schwulenbar, in der er arbeitete, waren freundlich. Aber bereits nach ein paar Wochen wurde er verhaftet, weil er keine Arbeitsgenehmigung hatte. Seine Schwester zahlte der Polizei viel Geld, um ihn wieder freizubekommen. Die Kaution bedeutete eine große finanzielle Belastung für seine Familie – was das Verhältnis zwischen Pianei und seiner Familie, die seine Sexualität ablehnt, weiter verschlechterte. Seit seiner Rückkehr nach Kambodscha findet er sich nur schlecht in der dortigen Schwulenszene zurecht.

Pianei hofft, dass die jüngere LSBT-Generation früher und mutiger zu ihrer Sexualität steht. Auch wenn er es nicht will, manchmal wünscht er sich, als ein Anderer auf die Welt gekommen zu sein.



Ong Sowoint Planei am Fluss, ein beliebter Treffpunkt der Schwulen in Phnom Penh.

Das Gesetz gegen häusliche Gewalt

Fortschritte, Debatten und Aussichten

Zhao Xin

Fast jede vierte Frau in China wurde eigenen Angaben zufolge bereits Opfer häuslicher Gewalt. Das Fehlen rechtlicher Maßnahmen ist ein wesentliches Hindernis im Kampf für einen besseren Schutz. Dies könnte sich jedoch bald ändern, denn das chinesische Parlament bereitet gerade eine entsprechende Gesetzesneuerung vor. Der erste Entwurf, der im November 2014 veröffentlicht wurde, hat in der chinesischen Öffentlichkeit eine lebhafteste Debatte ausgelöst. Auch wenn das Gesetz an sich als bedeutender Fortschritt gilt, so stellt sich angesichts seiner Schwächen doch die Frage, ob es häusliche Gewalt effektiv verhindern und die Gleichberechtigung der Geschlechter fördern kann.

Schutzlos: Opfer häuslicher Gewalt

Im Januar 2013 wurde Li Yan aus der chinesischen Provinz Sichuan zum Tode verurteilt, weil sie ihren Mann während eines Ehestreits getötet hatte. Li gab an, jahrelang von ihrem Mann misshandelt worden zu sein. Vor dem tödlichen Streit hatte sie auf der örtlichen Polizeiwache mehrfach Anzeige gegen ihn erstattet und sich an den lokalen Frauenverband gewandt, erhielt jedoch von keiner Seite nennenswerte Unterstützung. Dennoch entschied das Gericht, es lägen keine ausreichenden Beweise für häusliche Gewalt vor und verurteilte Li Yan wegen vorsätzlicher Tötung zum Tode.

Der Fall sorgte für Entsetzen in der chinesischen Zivilgesellschaft und bei internationalen Menschenrechtsorganisationen. Chinesische Frauenorganisatio-

nen, Anwälte und Intellektuelle, die sich für Frauenrechte einsetzen, veröffentlichten einen gemeinsamen Brief, in dem sie für Strafmilderung plädierten. Sie wiesen unter anderem auf das Fehlen eines Gesetzes zur Bekämpfung häuslicher Gewalt hin und forderten die Regierung auf, das Verfahren zur Verabschiedung eines solchen Gesetzes zu beschleunigen.

Der Oberste Gerichtshof folgte dieser Argumentation und widerrief die Todesstrafe. Ein Jahr später wurde der Fall erneut verhandelt. Dieses Mal standen die Beweise für häusliche Gewalt im Mittelpunkt des richterlichen Interesses. Li Yan wurde schließlich zum Tode verurteilt, jedoch mit Vollzugaufschub. Laut chinesischem Strafgesetz wird das Urteil nach zwei Jahren in lebenslange Haft umgewandelt, sofern die Verurteilten in dieser Zeit nicht erneut strafällig wird. Li Yans Leben wurde gerettet. Hätte es jedoch ein wirksames Gesetz gegen häusliche Gewalt gegeben, wären ihr lange leidvolle Jahre und der Verlust ihrer Freiheit erspart geblieben.

Dieser Fall ist nur die Spitze des Eisbergs. Offiziellen Zahlen des Allchinesischen Frauenverbands zufolge berichtet jede vierte Frau in China, Opfer häuslicher Gewalt ihrer Partner geworden zu sein, einschließlich physischer und verbaler Gewalt, Einschränkung der persönlichen Freiheit, wirtschaftlicher Kontrolle, Vergewaltigung in der Ehe u. ä.¹ Die chinesische Gesellschaft betrachtet häusliche Gewalt, trotz ihrer weiten Verbreitung, tendenziell als „Familienangelegenheit“, in die sich Dritte nicht einzumischen haben. Erst 1995, als die Aktionsplattform von Peking das Thema als zentrales Problem benannte, wurde es auch in China Gegenstand der öffentlichen Debatte.²

Zhao Xin studiert seit 2014 Human Rights and Humanitarian Actions am Pariser Science Po. Ihr Forschungsinteresse gilt den internationalen Menschenrechten und der Geschlechtergerechtigkeit in China. Zuvor arbeitete sie drei Jahre im Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Peking, wo sie für Genderprojekte verantwortlich war.

Seitdem setzen sich chinesische Frauenrechtsorganisationen wie etwa das Anti-Domestic Violence Network für Gesetze ein, die häusliche Gewalt unter Strafe stellen. Doch der Gesetzgebungsprozess kam nur langsam voran. Das aktuelle Ehegesetz, das 2001 verabschiedet wurde, stellt häusliche Gewalt zwar unter Strafe,³ enthält aber keine konkreten Bestimmungen zur Verhinderung von Gewalt. Auf der lokalen Ebene konnten dagegen in den vergangenen Jahren einige Fortschritte verzeichnet werden: In 27 chinesischen Provinzen wurden lokale Gesetze gegen häusliche Gewalt verabschiedet,⁴ auf nationaler Ebene fehlt ein spezielles Gesetz jedoch nach wie vor.

Das Gesetz

Dieses Rechtsvakuum soll jetzt gefüllt werden. Im Jahr 2014 wurde der Entwurf eines Gesetzes gegen häusliche Gewalt vorgelegt, im August 2015 erfolgte die Überprüfung durch den Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses (NVK – das Parlament und oberstes gesetzgebendes Organ der Volksrepublik China). Im Dezember 2015 wurde er schließlich vom NVK verabschiedet.

Der Gesetzesentwurf ist in sechs Kapitel und insgesamt 35 Paragraphen unterteilt und sieht umfassende Maßnahmen zur Verhinderung der Gewalt und zum Schutz der Opfer vor.⁵ Er betont auch die Pflicht des Staates, sich des Problems anzunehmen und führt die Verantwortlichkeiten verschiedener staatlicher und öffentlicher Akteure auf, etwa der Lokalregierungen, Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichte und Gesundheitseinrichtungen. Der Entwurf beschreibt auch das rechtliche Verfahren bei Fällen häuslicher Gewalt. So erhält der Täter schriftliche Verwarnungen der Polizei und kann bei schweren Verstößen strafrechtlich verfolgt werden. Darüber hinaus enthält der Entwurf detaillierte Bestimmungen zu Kontaktverboten und zu Schutzeinrichtungen für die Opfer.

Eine treibende Kraft hinter diesem Gesetz waren u. a. Frauenrechtsorganisationen. Eine zentrale Rolle spielt dabei das Anti-Domestic Violence Network, ein landesweites Bündnis von Rechtsexpert/innen, Gender-Forscher/innen, Nichtregierungsorganisationen und Einzelpersonen des Allchinesischen Frauenverbandes.⁶ In den Jahren 2003 und 2010 legte das Netzwerk den NVK-Abgeordneten zwei eigene Gesetzesentwürfe vor, die die Basis des aktuellen

Textes bilden. Auch andere Frauenrechtsorganisationen, Rechtsexpert/innen und Gender-Wissenschaftler/innen haben zu dieser Gesetzesinitiative beigetragen.

Seit der Gesetzesentwurf im November 2014 zur Kommentierung veröffentlicht wurde, führen die genannten Akteur/innen die Debatte weiter an. Sie verbreiteten Informationen über die traditionellen und sozialen Medien und entfachten das Interesse der Öffentlichkeit. Das Thema wurde auch während der „Zwei Sitzungen“ im März (die jährlichen Plenarsitzungen des NVK und der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes) von den Medien aufgegriffen, als Fu Ying, Sprecherin des NVK, ankündigte, der Gesetzesentwurf werde im August vom Ständigen Ausschuss des NVK geprüft.⁷

Grundsätzlich wird der Entwurf als wesentlicher juristischer Durchbruch begrüßt, insbesondere die Bestimmungen zu Kontaktverboten. Doch auch die Schwächen des Gesetzes werden diskutiert. In der Öffentlichkeit gibt es erhebliche Zweifel an der Wirksamkeit des Gesetzes: Kann es Gewalt tatsächlich verhindern und Gleichberechtigung fördern?

Kritik an dem Gesetzesentwurf

Die intensivste Debatte hat sich an der Frage der Definition von häuslicher Gewalt entzündet. Laut Entwurf ist häusliche Gewalt „die physische und psychische Misshandlung von Familienmitgliedern, einschließlich Ehepartnern, Eltern, Kindern und anderen direkten Verwandten“. Im internationalen Vergleich und im Vergleich mit früheren Formulierungsvorschlägen aus der Zivilgesellschaft ist diese Definition eher eng und konservativ gehalten.

Die Definition deckt bestimmte, in China weit verbreitete Formen von Gewalt nicht ab, etwa sexuelle Gewalt und wirtschaftliche Kontrolle. Die Frauenrechtsorganisationen zeigten sich enttäuscht, dass insbesondere sexuelle Gewalt nicht einbezogen wurde. In der aktuellen Rechtsprechung werden Männer nur sehr selten für Vergewaltigung in der Ehe oder sexuelle Gewalt gegen die Ehefrau verurteilt. Eine NGO-Vertreterin wies darauf hin, dass der Ausschluss der sexuellen Gewalt aus dem Gesetzesentwurf eine patriarchalische Tradition in China weiterführe, in der die

Ehefrau als sexuelles Objekt ihres Mannes wahrgenommen werde.⁸

Darüber hinaus gilt das Gesetz nur für Familienmitglieder, andere Formen der nicht ehelichen Beziehungen bleiben unberücksichtigt, das heißt, Gewalt durch Freund/Freundin, Mitbewohner/Mitbewohnerin oder Ex-Partner/-Partnerin wird nicht unter Strafe gestellt. Auch dies spiegelt die traditionelle chinesische Wahrnehmung sexueller Beziehungen wider: Sie sind alleinig durch die Ehe legitimiert und geschützt. Feng Yuan, eine führende Gender-Expertin, weist jedoch darauf hin, dass auch nicht eheliche Beziehungen in China heute gang und gäbe sind und dass in den letzten Jahren steigende Scheidungsraten verzeichnet wurden. Das neue Gesetz sollte diesen Beziehungsformen Rechnung tragen, da sonst das Ziel der Vermeidung von häuslicher Gewalt nicht vollständig erreicht werde.⁹ Organisationen, die sich für die Rechte von Homosexuellen, Bisexuellen und Transgender-Personen einsetzen, kritisieren, dass der Gesetzesentwurf sexuelle Minderheiten ignoriere.¹⁰ Mehrere Nichtregierungsorganisationen haben eine gemeinsame Online-Petition gestartet, in der sie eine breiter gefasste Definition von häuslicher Gewalt fordern.

Ein weiterer wesentlicher Kritikpunkt ist die Anwendung des Gesetzes, da viele Bestimmungen vage gehalten sind. Während der Entwurf die Verantwortlichkeiten der Polizei recht konkret definiert, sind die Aufgaben anderer staatlicher und öffentlicher Akteure, etwa Staatsanwaltschaft oder Gesundheitseinrichtungen, stark vereinfacht dargestellt.¹¹ Das gesonderte Kapitel zu Kontaktverboten wird allgemein als positiv angesehen, kritisiert wird jedoch, dass keine konkreten Maßnahmen aufgeführt sind, die die Durchsetzung des Verbots sicherstellen. Auch dies lässt Zweifel an der Wirksamkeit des Gesetzes aufkommen.

„Familienwerte“ sind wichtiger als Frauenrechte

Durch die Ratifizierung der UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau und die Unterzeichnung der Aktionsplattform von Peking hat sich China international verpflichtet, Gewalt gegen Frauen durch Gesetzesmaßnahmen zu verhindern. Das Gesetz gegen häusliche Gewalt ist ein wichtiger Schritt zur Erfüllung dieser Verpflichtung. Nimmt man aller-

dings Paragraph 1 des Gesetzesentwurfs etwas genauer unter die Lupe, kann man zu dem Schluss gelangen, dass der Schutz der Rechte der Frauen zweitrangig ist. Der Paragraph erklärt den Zweck des Gesetzes: „... die gesetzlichen Rechte der Familienmitglieder zu schützen, gleichberechtigte und zivilisierte Familienbeziehungen zu wahren, Harmonie und Stabilität der Gesellschaft zu fördern“.¹² Es scheint, das neue Gesetz gelte in erster Linie dem Schutz der Familie, nicht dem Schutz von Einzelpersonen.

Dies wiederum steht im Einklang mit dem aktuellen Ansatz der Regierung Xi Jinping. Seit 2013 hat Xi wiederholt die Bedeutung „traditioneller Werte“ und der „Familie“ betont – mit dem Argument, die Familie sei die Grundlage sozialer Harmonie.¹³ Gleichzeitig vertritt Xi ein recht konservatives Geschlechterkonzept, wenn er Frauen ermutigt, die „Familienwerte zu wahren“ und „bewusst die Verantwortung für die Würdigung der Alten und für die Erziehung der Kinder zu übernehmen.“¹⁴

Die Verteidigung der „harmonischen Familien“ dient dem politischen Ziel der „Wahrung der Stabilität“. Das könnte auch erklären, warum alleinstehende Frauen und sexuelle Minderheiten keinen Schutz durch das Gesetz erfahren sollen, denn die Vielfalt sexueller Beziehungen stellt die traditionelle Familie infrage. Unter diesen Vorzeichen drängt sich die Frage auf, inwieweit das neue Gesetz zur Geschlechtergerechtigkeit in China beitragen wird.

Immer weniger Raum für öffentliche Debatten

Das neue Gesetz wird häusliche Gewalt in China nicht automatisch beseitigen. Über die Verbesserung des Gesetzestextes hinaus muss noch viel getan werden, wie etwa die Schulung der Polizei, die Unterstützung der Opfer und die Überwachung der Umsetzung des Gesetzes. Das Wissen und die Dienste der Nichtregierungsorganisationen sind notwendig, um diese Aufgaben zu erfüllen. Allerdings wird der Bewegungsspielraum für chinesische NGOs zu diesem Thema gerade immer weiter eingeschränkt.

Seit mehr als einem Jahrzehnt arbeiten chinesische Frauenrechtsorganisationen kontinuierlich zu häuslicher Gewalt: Sie machen auf das Problem aufmerksam und sie fordern ein umfassendes Gesetz. Trotz der politischen Hindernisse ist es ihnen gelungen, einen Dialog mit den Gesetz-

gebern aufzubauen und für das Gesetz Lobbyarbeit zu betreiben. Ähnlich wie bei anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen in China steigt aber auch für die Frauenorganisationen das politische Risiko. Kurz vor dem Internationalen Frauentag 2015 hat die Polizei mehrere Frauenrechtsaktivistinnen wegen der angeblichen Planung von Kampagnen verhaftet. Fünf von ihnen wurden grundlos und unter verschärften Bedingungen 37 Tage lang festgehalten.¹⁵ Auch eine landesweite Verhaftungswelle von Menschenrechtsanwälten im Juli 2015 hat gezeigt, dass sich das politische Klima weiter verschlechtert.¹⁶

Das Gesetzgebungsverfahren ist weiterhin intransparent. Trotz der lebhaften Debatten über den Gesetzesentwurf seit November 2014 haben die Behörden nicht auf die Bedenken der Öffentlichkeit reagiert. Die überarbeitete Fassung, die der Ständige Ausschuss im August 2015¹⁷ vorgelegt hat, zeigt, dass sehr wenige Vorschläge aus der Zivilgesellschaft in den Gesetzestext eingeflossen sind. Die oben genannten Kritikpunkte wurden weitgehend ignoriert.

Trübe Aussichten

Zwanzig Jahre nach der UN-Frauenkonferenz in Peking hat China jetzt sein erstes Gesetz gegen häusliche Gewalt bekommen. Aber die Zivilgesellschaft ist nicht sehr optimistisch. Häusliche Gewalt ist ein strukturelles Problem, das in ungleichen Machtverhältnissen wurzelt. Es scheint, dass das neue Gesetz den Schwerpunkt auf Harmonie in der Familie legt, nicht auf die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit in der Gesellschaft als Ganzes. Wie erfolgreich dieses Gesetz häusliche Gewalt tatsächlich bekämpfen kann, bleibt noch abzuwarten.



- ¹ All-China Women's Federation und Nationales Statistikamt, Bericht über die wesentlichen Ergebnisse der dritten Umfrage zum Status der Frauen in China, 2011. In 2011 wurden die letzten offiziellen Zahlen von ACWF herausgegeben. Originaltext in Chinesisch. Abrufbar unter: <http://goo.gl/eNl6AV>
- ² UN Women, Beijing Declaration and Platform for Action, September 1995. Abrufbar unter: <http://goo.gl/AusdK2>
- ³ Ehegesetz der Volksrepublik China, § 3.
- ⁴ Länderbericht China zur CEDAW 59. Session, 2014.
- ⁵ The Law of the People's Republic of China against Domestic Violence (Entwurf). Abrufbar unter: <http://goo.gl/YvVLbP>
- ⁶ Tan Honggang und Wang Luozhong, The Policy Influence of Women's Organizations in China, *Women's Policy Journal of Harvard* (Frühjahr 2012): 42–55.
- ⁷ Offizielle Website des NVK, 4. März 2015, (Originaltext in Chinesisch). Abrufbar unter: <http://goo.gl/jGRXYt>
- ⁸ Li Furui, Isn't There Sexual Violence within Family? 24. Dezember 2014, (Originaltext in Chinesisch). Abrufbar unter: <http://goo.gl/uNqH83>
- ⁹ Feng Yuan, Interpretation and Suggestions on the Draft Anti-Domestic Violence Law, 5. Dezember 2014 (Originaltext in Chinesisch). Abrufbar unter: <http://www.genderwatch.cn:801/detail.jsp?fid=304917&cnID=90050>.
- ¹⁰ Meng Xiao, Interview mit Xu Bin, Leiterin der Organisation Tongyu, 4. Februar 2015 (Originaltext in Chinesisch). Abrufbar unter: <http://goo.gl/9cJu9y>
- ¹¹ Feng Yuan, Interpretation and Suggestions on the Draft Anti-Domestic Violence Law, 5. Dezember 2014 (Originaltext in Chinesisch). Abrufbar unter: <http://www.genderwatch.cn:801/detail.jsp?fid=304917&cnID=90050>
- ¹² Gesetz der Volksrepublik China gegen häusliche Gewalt (Entwurf).
- ¹³ Xi Jinping, Rede zum Frühlingsfest 2015, 18. Februar 2015 (Originaltext in Chinesisch). Abrufbar unter: <http://goo.gl/oGnAfn>
- ¹⁴ Xi Jinping, Rede an das Führungsteam der All-China Women's Federation, 31. Oktober 2013 (Originaltext in Chinese). Abrufbar unter: <http://goo.gl/o8NZE4>
- ¹⁵ The Guardian, Chinese Police Release Feminist Activists, 13. April 2015. Abrufbar unter: <http://goo.gl/aYpua6>
- ¹⁶ Amnesty International, China, Latest Information on Crackdown against Lawyers and Activists, 31. Juli 2015. Abrufbar unter: <https://goo.gl/uwQJ6Y>
- ¹⁷ Offizielle Website des NVK, 7. September 2015 (Originaltext in Chinesisch). Abrufbar unter: <http://goo.gl/YvVLbP>

Der lange Weg zu echter Repräsentation

Die Gleichberechtigung von Frauen in Afghanistan

Samira Hamidi

Afghanistan befindet sich in einer kritischen Phase: Sowohl die Regierung als auch die Bürger/innen müssen beweisen, dass die Fortschritte, die sie in den vergangenen vierzehn Jahren erzielt haben, nachhaltig sind und dass die Entwicklung weiter voranschreitet. Der folgende Artikel zeigt die Erfolge und positiven Beiträge afghanischer Frauen, aber auch die Fragilität des bisher Erreichten und die Herausforderungen, denen Frauen Tag für Tag gegenüberstehen.

Die aktuelle Diskussion über das Empowerment von Frauen in Afghanistan bezieht sich meist auf die vergangenen dreizehn Jahre des demokratischen Prozesses. Häufig wird dabei vergessen, dass sich Afghaninnen bereits seit 1919 aktiv und erfolgreich einbringen. Schon in den 1920er Jahren äußerten sich die Ehefrau und die Schwester des Königs zu Fragen der Bildung, der politischen Teilhabe und der Selbstbestimmung von Frauen.¹ Die Verfassung wurde unter verschiedenen Regimes geändert. Darin kommen sowohl die Anliegen von Frauen als auch die Gleichberechtigung der Geschlechter zum Ausdruck, nicht zuletzt weil Frauen aktiv an der Formulierung dieser Änderungen beteiligt waren.² Darüber hinaus gab es auch weibliche Parlamentsabgeordnete, Senatsmitglieder und Ministerinnen, wie z.B. die erste Gesundheitsministerin 1964.

Der Bürgerkrieg (1992-1996) und das Taliban-Regime (1996-2001) haben die Uhr für die Frauen jedoch radikal zurückgedreht. Zwischen 1992-1996 hatten viele Afghaninnen zwar formell Zugang zu Bildung, Berufen und dem öffentlichen Leben, faktisch allerdings zwang die Angst vor Entführung

und vor Vergewaltigung sowie die Angst, zwischen die Fronten der kämpfenden Parteien zu geraten, viele ins Haus. Schlimmer noch war es zur Zeit der Taliban, als Mädchen der Schulbesuch verboten war. Sie durften nicht erwerbstätig sein, sich nicht in der Öffentlichkeit zeigen, keine öffentlichen Einrichtungen in Anspruch nehmen und noch nicht einmal einen Arzt besuchen. Sie waren einfach aus der Gesellschaft verschwunden.

Was bisher erreicht wurde

Afghanische Frauen haben in den vergangenen dreizehn Jahren hart gekämpft – und in der Tat haben sie einiges erreicht und bestimmte Rechte und Rollen in der Gesellschaft zurückerobert. Heute gilt die afghanische Verfassung als eine der modernsten in der Region. Sie respektiert die Gleichberechtigung der Geschlechter und zwingt die Regierung, Gender Mainstreaming zu akzeptieren. Dies ist auf die aktive Beteiligung der Frauen und deren Beitrag zur „Verfassungs-Dschirga“ zurückzuführen (die Dschirga ist die traditionelle Ratsversammlung in Afghanistan, an der sich Vertreter/innen aus dem ganzen Land beteiligen und Themen diskutieren, die die nationalen Interessen des Landes berühren. Darüber hinaus beraten sie den Präsidenten und sprechen wichtige Empfehlungen für die Regierung aus).³ Die Quotenregelung garantiert Frauen politische Teilhabe. Aktuell sind 27 Prozent der Mitglieder des Unter- und Oberhauses des Parlaments Frauen. Dies gibt ihnen die Möglichkeit, gleichberechtigt mit Männern Funktionen und Verantwortlichkeiten zu übernehmen.⁴ Laut Weltbank ist die Zahl der Mädchen,

Samira Hamidi hat einen Master (LLM) in International Human Rights Law and Practice der University of York, Großbritannien. Sie ist freiberufliche Beraterin, Frauenrechtsaktivistin und Vorstandsmitglied des Afghanischen Frauennetzwerks (AWN). Sie leitete den Bereich Program and Advocacy des Empowerment Center for Women (ECW) (2013), fungierte als Landesdirektorin des AWN (2010–2012), war Gender-Koordinatorin beim UNDP (2006–2009) und stellvertretende Personalleiterin des Ministeriums für Drogenbekämpfung (2004–2005). Hamidi verfügt über umfangreiche Erfahrung in der Politikberatung; sie war an strategischen Entscheidungen der Organisationen in Bezug auf die frauenpolitische Agenda beteiligt; konzipierte Konferenzen, Schulungen, Workshops und Advocacy-Veranstaltungen und nahm an Lobbyinitiativen nationaler und internationaler Plattformen teil.

die Zugang zu Primär- und Sekundarbildung haben, von 5.000 im Jahr 2001 auf 2,9 Millionen im Jahr 2012 angestiegen. Frauen und Mädchen haben ein großes Interesse an einer universitären Ausbildung, da ein Abschluss ihre Chancen auf einen Arbeitsplatz erhöhen, sei es in den Ministerien, der Zivilgesellschaft, der Privatwirtschaft oder in Verwaltungspositionen. Die Erwerbstätigkeit hilft ihnen, wirtschaftlich gestärkt und unabhängig zu werden.

Es gibt bestimmte Gesetze und Politiken, die die wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Beteiligung von Afghaninnen fördern und die Bandbreite der Rollen, die sie ausüben können, erweitern. Der Nationale Aktionsplan für Frauen in Afghanistan ist als 10-Jahres-Plan konzipiert, der einen detaillierten Rahmen für die Gleichberechtigung in der öffentlichen Verwaltung absteckt. Das Gesetz zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen ist das erste Gesetz in Afghanistan, das Gewalt gegen Frauen als ein gesellschaftliches Problem anerkennt – und nicht als ein privates Problem der jeweiligen Familien. Derzeit gibt es Hunderte von Afghaninnen, insbesondere in den Frauenhäusern, die Opfer von Gewalt wurden. Sie profitieren von diesem Gesetz, da es ihnen juristische Unterstützung bietet. Je mehr Frauen dieses Gesetz kennen und sich darauf berufen, desto mehr Frauen haben auch den Mut, sich an die Polizei, die unabhängige afghanische Menschenrechtskommission bzw. andere Frauenorganisationen zu wenden. Die kürzliche Verabschiedung des ersten afghanischen Nationalen Aktionsplans⁵ zur Umsetzung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats zu Frauen, Frieden und Sicherheit ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Rolle von Afghaninnen hinsichtlich Sicherheit.

Afghanische Frauen werden durch eine recht starke Bewegung aus Frauennetzwerken, Verbänden und Organisationen unterstützt. Es gibt starke Lobby- und Unterstützerorganisationen wie etwa das Afghan Women's Network (AWN), an dem sich 127 frauengeführte Organisationen und 3.000 Einzelpersonen sowie verschiedene Frauenorganisationen auf der Graswurzelebene beteiligen.

Fragile Erfolge

Trotz dieser Fortschritte stehen Frauen in ganz Afghanistan noch vor massiven Herausforderungen. So werden sie unter anderem beim Zugang zu Bildung, zu

Gesundheitsleistungen und hinsichtlich der politischen Teilhabe diskriminiert, auch fehlt ein Mitspracherecht in der Ehe – bis hin zur Wahl der Namen der Kinder. Auch die politischen Maßnahmen zur Förderung der Gleichberechtigung werden nur mangelhaft umgesetzt. In einem so konservativen und komplexen Land wie Afghanistan, in dem sich die Lebensbedingungen stark von Provinz zu Provinz unterscheiden, stellt die aktive Beteiligung von Frauen in der Gesellschaft eine echte Herausforderung dar. Von Kabul und einigen größeren Städten abgesehen, gibt es keine Frauenbewegung, keine aktive Beteiligung, keine Frauen in Entscheidungspositionen. Es gibt keine Gremien, in denen Männer und Frauen zusammensitzen und gemeinsam lokale, regionale und nationale Fragen diskutieren. An den jüngsten Gesprächen mit der Regierung zur politischen Situation im Land, zur sich verschärfenden Sicherheitslage, zur Instabilität oder der schwierigen finanziellen Situation waren fast ausschließlich Männer beteiligt – entweder offizielle Mitglieder von Warlord-Gruppen oder einflussreiche Persönlichkeiten. Der Grund für die fehlende Präsenz von Frauen ist der mangelnde politische Wille, sie einzubinden. Frauen bleiben von den politischen und nationalen Debatten und Entscheidungen auf subnationaler Ebene ausgeschlossen. Darüber hinaus sind es die konservativen Kräfte wie etwa ehemalige Warlords, religiöse Führer, konservative Parlamentsabgeordnete und Mitglieder anderer Gruppierungen, die die Teilhabe und das Engagement von Frauen beschränken. Die Programme der internationalen Akteure haben ausschließlich die

In weiten Teilen des Landes vertreten Männer offen die Meinung, dass Frauen nicht dazu fähig seien, eigene Entscheidungen zu treffen und dass es daher auch nicht sinnvoll sei, dass sie sich an den Wahlen beteiligten.

jenigen Afghaninnen erreicht, die Englisch sprechen und Zugang zum Internet und zu anderen Kommunikationstechnologien haben – also im Wesentlichen die Frauen in Kabul und anderen großen Städten. Frauen auf dem Land dagegen sind weiterhin vom Politikdialog auf internationaler Ebene ausgeschlossen. In weiten Teilen des Landes vertreten Männer offen die Meinung, dass Frauen nicht dazu fähig seien, eigene Entscheidungen zu treffen und dass es daher

auch nicht sinnvoll sei, dass sie sich an den Wahlen beteiligten. Immer wieder hört man von Afghaninnen, die heimlich berufstätig sind, um zum Lebensunterhalt beizutragen, aber noch nicht einmal die engsten Verwandten wissen etwas von den Jobs als NGO-Mitarbeiterinnen, Lehrerinnen, Krankenschwestern oder Ärztinnen. Es verstößt gegen die Ehre der Männer, ihren Frauen zu erlauben, mit ihnen zu arbeiten oder sich in der Öffentlichkeit zu zeigen. Ein großer Teil der Männer, die so denken, sind ungebildet und führen schlicht die überholten kulturellen Normen und Praktiken weiter; sie sehen Frauen als ihr Eigentum an, über das sie allein die Verfügungsgewalt haben. Im schlimmsten Fall wissen diese Männer nicht einmal, welchen Beitrag Frauen zu einem wirtschaftlich nachhaltigen Familienbudget leisten können. Diese negativen kulturellen Auffassungen und Praktiken werden auch von jüngeren Afghanen vertre-

In den letzten Jahren wurden berufstätige Frauen, seien es Regierungsvertreterinnen, Abgeordnete, Polizistinnen oder Aktivistinnen, angegriffen, entführt und sogar getötet.

ten. So entscheidet sogar häufig der jüngere Bruder über die Bildung seiner Schwester, über deren gesellschaftliche Teilhabe und deren Ehe, da er der künftige Ernährer der Familie ist.

Auch die Sicherheitslage in Afghanistan wirkt sich massiv auf die Berufstätigkeit von Frauen aus. In einem Beratungsworkshop für weibliche Abgeordnete der Provinzräte und Frauenorganisationen stellte sich heraus, dass es im Vorfeld der Präsidentschafts- und Provinzialratswahlen im Jahr 2014 für Frauen in entlegenen Gebieten sehr schwer war, Schutz und Sicherheitsbegleitung zu organisieren. Männer dagegen entwickelten ihre eigenen Schutz- und Sicherheitsmechanismen und wurden in manchen Gegenden zusätzlich von der lokalen Regierung unterstützt. Der fehlende Schutz wirkte sich negativ auf die Zahl der Stimmen aus, die die Frauen erhielten. In den letzten Jahren wurden berufstätige Frauen, seien es Regierungsvertreterinnen, Abgeordnete, Polizistinnen oder Aktivistinnen, angegriffen, entführt und sogar getötet. Das schafft natürlich eine Atmosphäre der Angst. Einige Frauen haben ihr Engagement zurückgefahren, andere sind in die Stadt gezogen oder haben das Land verlassen,

und wieder andere wurden von ihren Familien gedrängt, aus Gründen der Sicherheit der Familie die Arbeit aufzugeben.

Am 19. März 2015,⁶ einen Tag vor Nowruz, dem persischen Neujahrstag, wurde die 27 Jahre alte Farkhunda von einem Mob zu Tode geprügelt – eine entsetzliche und schockierende Tat, die in der Geschichte der afghanischen Frauen ihresgleichen sucht. Ein enthemmter Mob bezichtigte die junge Frau, den Koran verbrannt zu haben. Hunderte Männer stürzten sich auf sie, demütigten sie, lynchten sie und zündeten ihren toten Körper an. Dutzende Polizisten sahen dem Verbrechen tatenlos zu. Schlimmer noch: Das Gerichtsverfahren und die Berufung bestätigten, dass es keine faire und unabhängige Justiz gibt, vor der ein Opfer wie Farkhunda Gerechtigkeit findet, obwohl in diesem Falle die Täter gefilmt wurden und in den sozialen Medien weltweit zu sehen waren.

Die brutale Ermordung von Farkhunda zeigt einmal mehr, dass viele der „lokalen“ Männer gewalttätig sind und meinen, der Rechtsstaat gelte nicht für sie. Sie feiern die Ermordung einer Frau als einen Sieg im Namen der Religion und des Korans. Die Tat wirft ein Schlaglicht auf die wachsende Kluft zwischen den Aktivistinnen für Frauenrechte und den religiösen Institutionen. Ein einflussreicher religiöser Führer einer der wichtigsten Moscheen Kabuls warnte die afghanische Regierung öffentlich vor der Strafverfolgung der Täter, und Regierungsbeamte wie Parlamentsabgeordnete sahen davon ab, sich weiter zu diesem Zwischenfall zu äußern. In diesem Klima ist es schwer für Frauen, Zugang zu Recht – und allein zu den Gerichtsgebäuden – zu bekommen. So mussten die Aktivistinnen, die das Gerichtsverfahren begleiten wollten, Tag für Tag mit den Sicherheitsbeamten im Gericht um Zutritt kämpfen. Die Verhandlungen und die Entscheidung des Revisionsgerichts waren geheim – ein weiterer klarer Hinweis, dass die Behörden die Begleitung durch die Zivilgesellschaft allgemein und speziell durch die Aktivistinnen behindern wollten. Auch die Entscheidungen des Gerichts zeigen, dass die Justiz in Afghanistan korrupt, ungerecht und frauenfeindlich ist. Wenn das Gericht schon nicht Farkhundas Familie – trotz Belegen, Protesten und Unterstützung – Recht widerfahren lässt, wie soll es dann Frauen ergehen, deren Fälle abseits der öffentlichen Aufmerksamkeit verhandelt werden?⁷

Die Afghanische Nationale Einheitsregierung hat in einem historischen Schritt eine Richterin für den Obersten Gerichtshof vorgeschlagen. Leider erhielt Anisa Rasuli⁸ nicht die notwendige Bestätigung durch das Parlament. Und das nicht, weil sie schwach oder inkompetent wäre, oder die Position nicht ausfüllen könnte, sondern weil das afghanische Parlament, vom Grundsatz her eine demokratische Institution, von konservativen Abgeordneten beherrscht wird, für die die Gleichberechtigung kein politisches Ziel ist. Unglücklicherweise setzen sich auch die weiblichen Abgeordneten nicht immer für die Stärkung der Frauen ein. Als es um die Ernennung von Rasuli ging, blieben mehr als 20 von ihnen der Sitzung fern, und einige der anwesenden weiblichen Abgeordneten stimmten gegen die Kandidatin. Auch wenn der politische Wille der afghanischen Regierung durchaus ermutigend ist, leiden viele Frauen aus offensichtlichen Gründen noch immer.

Seit die Dschirga zum Friedensprozess im Jahr 2010 begann, fordern Afghaninnen ihre Einbeziehung in den Friedensprozess. Sie verlangen einen Platz am Verhandlungstisch, damit sie ihre Forderungen einbringen können:

- Es muss sichergestellt werden, dass die Fortschritte, die Frauen in den vergangenen dreizehn Jahren erkämpft haben, gewahrt bleiben;
- Präsenz, Teilhabe und Entscheidungsfunktionen für Frauen müssen erhalten bleiben und ausgebaut werden;
- der Zugang für Frauen zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Politik, Gesellschaft und Wirtschaft und der Beitrag auf beiden Seiten des Friedensprozesses zur Sicherstellung der Frauenrechte müssen gewährleistet sein.

Bei der Präsentation des Afghanischen Nationalplans zu Frauen, Frieden und Sicherheit kündigte der afghanische Präsident an, mehr Afghaninnen in die Verwaltung, die Sicherheitskräfte und in den Friedensprozess einbeziehen zu wollen.⁹ Die erste formelle Verhandlungsrunde zwischen der afghanischen Regierung und den Taliban fand Anfang Juli 2015 statt. Der Delegation der afghanischen Regierung gehörten ausschließlich Männer an.¹⁰ Die Kluft zwischen den Worten der afghanischen Führung und ihren Taten ist offensichtlich. Werden Frauen nicht zu den künftigen formellen Verhandlungsrunden eingeladen,

beweist das, dass die Verhandlungen weder transparent noch inklusiv sind. Sie könnten die bisherigen und künftigen Fortschritte der Frauen gefährden.

Die Zukunft

Für viele Afghaninnen – auch für mich – ist die Zukunft sehr wichtig. Eine hoffnungsvolle Zukunft für uns ist jedoch nur möglich, wenn qualifizierte Frauen den Obersten Gerichtshof Afghanistans und Schlüsselministerien wie Justiz-, Innen- und Außenministerium leiten. Es ist wichtig, dass Frauen zur Teilhabe aufgefordert werden und sich auf der Provinzebene beteiligen, indem ihnen Zugang zu den erforderlichen politischen Ressourcen gewährt wird. Erwerbstätige Afghaninnen können nur einen positiven und aktiven Beitrag leisten, wenn sie und ihre Familien sich sicher fühlen. Die afghanische Regierung und ihre internationalen Unterstützer sollten einen Schutzmechanismus einrichten, der das Risiko mindert und für die notwendige Sicherheit sorgt, aber auch anderweitige Unterstützung leistet, zum Beispiel wenn eine Frau oder ihre Familie attackiert werden. Gefahrenprävention und Schutz, Umsiedlungsmöglichkeiten und Sicherheitstraining sind einige der Punkte, die sicherstellen, dass der Beitrag der afghanischen Frauen die angemessene Wertschätzung erhält. Solche Maßnahmen würden zeigen, dass die Beteiligten verstanden haben: Die Gesellschaft und die Regierung brauchen den Beitrag der Frauen ebenso wie den Beitrag der Männer.

Die Verbesserung der afghanischen Justiz ist eine eminent wichtige Aufgabe. So sollten die afghanische Regierung und ihre internationalen Unterstützer unverzüglich ermitteln, wie viel Geld in das Justizsystem fließt, welche Ergebnisse diese finanziellen Mittel bringen, was aus den Erfahrungen gelernt werden kann und welche anderen Möglichkeiten es geben könnte, um das Justizsystem zu verbessern. Es sollte Aufgabe des afghanischen Präsidenten sein, als Staatsoberhaupt die Justiz, also Gerichte, Richter und Anwälte, denen Korruption, Machtmissbrauch und fehlende Transparenz vorgeworfen wird, unter Beobachtung zu stellen. Zu diesem Zweck kann der Präsident zum Beispiel unabhängige Sonderausschüsse bzw. -foren einberufen, die zu den Problemen Bericht erstatten und Empfehlungen formulieren. Die Justiz muss sich insbesondere auf Methoden und Mittel konzentrieren, wie sie frauen-

freundlich wird. Frauen in ganz Afghanistan müssen Zugang zum Justizsystem erhalten und ihm vertrauen können. Sie sollten für ihre Rechte kämpfen dürfen und in diesem Kampf unterstützt werden. Der Oberste Gerichtshof Afghanistans sollte den Fall Farkhunda wieder aufnehmen und die ursprünglichen Entscheidungen des Revisionsgerichts prüfen.

Der Oberste Gerichtshof sollte anerkennen, dass die beiden Verfahren keineswegs geeignet waren, um schnelle und einfache Urteile über die 49 Bürger und Polizeibeamte zu fällen, die wegen des Mordes an Farkhunda angeklagt waren. Das ist die letzte Chance für den Obersten Gerichtshof und den afghanischen Präsidenten, den Frauen Afghanistans, den Bürgern und der Welt zu beweisen, dass Afghanistan ein Rechtsstaat ist, der faire und transparente Verfahren sicherstellt, die auch Frauen schützen.

Die afghanische Regierung und ihre internationalen Unterstützer sollten ihre Programme und ihre Maßnahmen für die afghanischen nationalen Sicherheitskräfte, insbesondere die Polizei, überdenken. Die Polizei muss die Bedeutung der Menschenrechte und der Frauenrechte verinnerlichen. Sie muss ihre Verantwortung klar erkennen und sie zum Schutz und zur Unterstützung der Bürger wahrnehmen. Insbesondere die Führung des Innenministeriums muss darauf achten, dass Schlüsselpositionen, wie der Polizeichef von Kabul sowie die Provinz- und Bezirkspolizeichefs, mit geschulten Personen besetzt werden, die sensibel gegenüber Gender- und Menschenrechtsfragen sind. Nur so können die Rechte aller Bürger – und insbesondere der Bürgerinnen – gewahrt und Zwischenfälle verhindert werden, die den Ruf der Polizei in den Augen der Öffentlichkeit schädigen. Die internationalen Geber, die die afghanische Polizei unterstützen, sollten politischen Druck ausüben und weitere finanzielle Mittel von Maßnahmen abhängig machen, die auf ein angemessenes Verhalten, insbesondere der Polizei, abzielen.

Die afghanische Regierung und die internationalen Unterstützer, denen zufolge Stabilität im Land nur durch einen Friedensprozess ermöglicht wird, sollten darauf drängen, dass Frauen in diesen Prozess einbezogen werden. Viele Frauen vertreten die Ansicht – und ich stimme dem zu –, dass ein Friedensprozess nur dann fair, transparent und inklusiv ist, wenn der Anteil der Vertreter am Verhandlungstisch

ausgeglichen ist und Frauen die Möglichkeit gegeben wird, ihre Forderungen und ihre Frustrationen zu benennen. Internationale Akteure, die den Friedensprozess begleiten, sollten die Erklärungen ihrer politischen Führung bestätigen, dass sie in erster Linie in Afghanistan sind, um Frauen- und Menschenrechte zu unterstützen. Geht es ihnen wirklich um die Frauen, müssen sie Überzeugungsarbeit leisten und beide Parteien auffordern, dringend Raum für die Teilhabe von Frauen zu schaffen.

Kurz: Afghaninnen haben bereits viel erreicht. Sie sind nicht mehr die ungebildeten und uninformierten Frauen von 2001. Sie haben das Potenzial zur Begeisterung und den Willen, zur Entwicklung von Afghanistan beizutragen. Die afghanische Regierung sollte sich bemühen, die landesweite Teilhabe und die Beiträge der Frauen sicherzustellen. Die internationale Gemeinschaft sollte auch weiterhin weibliche Führungspersönlichkeiten sowie Aktivistinnen beraten, damit sie noch bessere Strategien erarbeiten, wie sie die Frauenrechte in Afghanistan stärken können. Afghaninnen sind keine Opfer mehr – sie sind Akteurinnen des Wandels und sie sind Führungspersönlichkeiten. Wenn Frauen einflussreiche Familienmitglieder sein können und ihre Kinder zu vernünftigen Menschen erziehen können, dann können sie auch eine tragende Rolle in der Entwicklung Afghanistans spielen. Frauen und Männer sollten gleiche Möglichkeiten haben und von denselben Plattformen aus gemeinsam gegen Diskriminierung und Ungleichheit in der afghanischen Gesellschaft kämpfen. ■■■

¹ <http://goo.gl/nFHRPN>

² <http://goo.gl/ZNwQTS>

³ <http://goo.gl/ZNwQTS>

⁴ <http://goo.gl/Vn5q9g>

⁵ <http://goo.gl/pJ9Vbj>

⁶ Afghanistan feiert jedes Jahr am 21. März sein Neujahr: <http://goo.gl/3FWIdP>

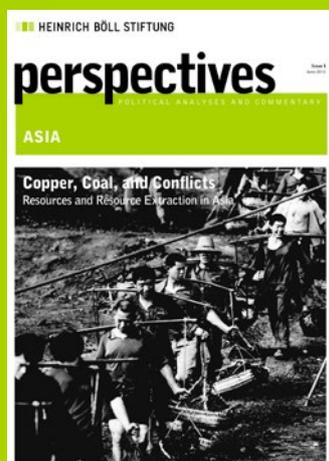
⁷ <http://goo.gl/bM9q7r>

⁸ <http://goo.gl/TrmNdy>

⁹ <https://twitter.com/DHRWIA>

¹⁰ <https://goo.gl/L6Sp6D>

Perspectives Asien erscheint ein- bis zweimal jährlich und wird vom Asienreferat der Heinrich-Böll-Stiftung in enger Kooperation mit den Asienbüros der Stiftung realisiert. Mit dieser Publikation werden asiatische Analysen und Debatten zu globalen Herausforderungen sowie die spezifischen Entwicklungen im asiatischen Raum zugänglich gemacht.



Diese Ausgabe von **Perspectives Asien** ist in englischer und deutscher Sprache erschienen und kann unter nebenstehender Adresse bestellt werden:

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Asienreferat
Schumannstraße 8
10117 Berlin

T 0049 (0)30 28534 361 / 362
E asiaperspectives@boell.de
W www.boell.de/asien

Büro Bangkok
75 Sukhumvit 53 (Paidee-Madee)
Klongton Neua, Wattana
Bangkok 10110

T 0066 266259601
E office@th.boell.org
W www.boell-southeastasia.org

Impressum

Herausgeberin
Erscheinungsdatum
Redaktion
Mitarbeit
Übersetzung
Satz
Druck
Papier

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Januar 2016
Ella Soesanto
Katrin Altmeyer, Thorsten Volberg,
Jost Pachaly, Clemens Kunze
Annette Bus (Englisch-Deutsch)
State, Berlin
DCM Druck Center Meckenheim
Klimaneutral gedruckt auf 100%
Recyclingpapier



Die in den Artikeln vertretenen Meinungen sind die der Autor/inn/en und nicht notwendigerweise die der Heinrich-Böll-Stiftung.

Die einzelnen Beiträge stehen unter der Creative Commons Lizenz:
CC BY-NC-ND 3.0



Büro Neu-Delhi
C-20, First Floor
Qutub Institutional Area
New Delhi – 110016

T 0091 11 26854405
E in-info@in.boell.de
W www.in.boell.org

Büro Peking
8, Xinzhong Xijie, Gongti Beilu
Asia Hotel, Office Building No.309
100027 Beijing

T 0086 10 661546150
E info@cn.boell.org
W www.cn.boell.org

Büro Yangon
45 (A) Kan Lane 3
Karmayut Township
Yangon, Myanmar

T 00959 31 685 846
E info@mm.boell.org
W www.mm.boell.org

Büro Islamabad
House 5, Street 90
G-6/3, Embassy Road
Islamabad

T 0092 51 2271545
E info@pk.boell.org
W www.pk.boell.org

Büro Phnom Penh
#8, Street 476,
Toul Tompoung I,
Chamkarmorn, P.O. Box 1436
Phnom Penh

T 00855 23210535
E info@kh.boell.org
W www.kh.boell.org

Büro Kabul
T 0093 707 107 773
E info@af.boell.org
W www.af.boell.org

*«Wenn ich nicht an
meiner wahren Identität
festgehalten und nicht
gekämpft hätte, wäre ich nie
so erfolgreich geworden.»*

Sou Sotheavy, Gründerin des Cambodia Network
Men Women Development (CNMWD)